

Beginn: 10:06 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie zu der 96. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode sehr herzlich willkommen. Ich begre unsere Gäste - einige stehen wohl noch im Stau - auf der Zuschauertribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2003)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4000

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/4100

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4007

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4118

dritte Lesung

Da zwischen der zweiten und dritten Lesung keine Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses stattgefunden hat, ist Beratungsgrundlage die Be-

schlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Abgeordneten Moron, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Guten Morgen! Wir tagen heute zu ungewöhnlicher Stunde, nämlich um 9:00 Uhr, weil es der Wunsch der Oppositionsfraktion CDU gewesen ist, heute in der dritten Lesung nicht nur über den Haushalt zu sprechen, sondern auch eine Generalaussprache über die Politik in Nordrhein-Westfalen und insbesondere über das Ergebnis der Gespräche und Verhandlungen, die zwischen den Koalitionsfraktionen geführt worden und in ein "Düsseldorfer Signal" eingeflossen sind, durchzuführen.

Erlauben Sie mir deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich in meinen Ausführungen nicht auf den Haushalt selbst eingehe. Dazu ist in zweiter Lesung alles gesagt worden. Sollte es noch weiteren Klärungsbedarf geben, dann wird das meine Kollegin Frau Walsken in ihrem Beitrag hier tun.

Ich werde mich also mit dem Wunsch der CDU-Fraktion auseinandersetzen, über die politische Lage in Nordrhein-Westfalen zu sprechen und Stellung dazu zu nehmen, was sich mit dem "Düsseldorfer Signal", also mit einer Neuausrichtung der Politik in Nordrhein-Westfalen für die nächsten zwei Jahre verbindet.

Meine Damen und Herren, wir als Regierungskoalition haben unseren Koalitionsvertrag jetzt präzisiert und ein konkretes Arbeitsprogramm beschlossen. Das wird aber - seien Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, darüber ganz beruhigt; vielleicht beunruhigt es Sie auch - auch über das Jahr 2005 hinaus seine Wirkung entfalten. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das war ein schwieriger Klärungsprozess. Wer hat es nicht mitbekommen? Dieser Klärungsprozess hat viel Kraft gekostet, aber auch Kräfte freigebracht. Er war notwendig, er ist abgeschlossen und ich glaube, wir reagieren auch mit dem "Düsseldorfer Signal" auf die Schwierigkeiten, die wir in einer insgesamt schwierigen Lage hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der gesamten Bundesrepublik Deutschland haben.

Wir haben hier bei uns in Nordrhein-Westfalen - ein Kennzeichen der Politik, wie wir sie betrei-

ben, ist eben auch, den Menschen die Wahrheit zu sagen, ihnen nichts vorzumachen und sie mit Halbwahrheiten zu verschwemmen und im Unklaren zu lassen -

(Zuruf von der CDU: Wir haben auch die Wahrheit gesagt!)

den Bürgerinnen und Bürgern sehr deutlich gesagt, dass uns folgende Fragen bewegen: Warum haben wir eine so hohe Arbeitslosigkeit von knapp 900.000 Arbeitslosen? Was können wir gegen diese Arbeitslosigkeit tun? Wie können wir sie abbauen? Uns bewegt die Frage, weshalb wir in Nordrhein-Westfalen ein stagnierendes Wirtschaftswachstum haben. Im ersten Vierteljahr hatten wir sogar ein sinkendes Wachstum, wobei das ein Widerspruch in sich selbst ist.

Wir haben enorme Haushaltsprobleme - auch das wissen die Bürgerinnen und Bürger -, aber nicht nur im Land, sondern auch in den Kommunen. Deshalb bekennen wir uns auch dazu. Wir haben einen zwingenden Reformbedarf bei unseren Schulen und wollen ihn zügig abbauen.

Meine Damen und Herren, uns bedrückt auch - ich sage es sogar noch deutlicher -, uns bedrückt sehr, dass wir für die jungen Menschen, die einen Weg in den Beruf finden wollen, in diesem Land viel zu wenig Ausbildungsplätze haben. Das lässt uns nicht ruhig schlafen. Darum werden wir uns entschieden kümmern; diese Probleme gehen wir an.

Deshalb haben wir in der Koalition die Schwerpunkte neu verabredet, aber gleichzeitig auch die Streitpunkte, die uns in der Vergangenheit behindert haben, abschließend geklärt und beiseite gelegt. Diese Streitpunkte - ich will nur zwei davon nennen - waren immer von großer Bedeutung für die Koalition

(Zuruf von der CDU: Der Metrorapid!)

und haben vor allem ihr Erscheinungsbild nach außen geprägt. Zum einen war dies der Streit um den Metrorapid - hier hat jemand von der CDU ganz offenbar einmal eine richtige Idee gehabt, als er diesen Zwischenruf machte; das war ohne Frage richtig -, zum anderen aber auch die Frage nach der Zukunft der Steinkohle. Beide Fragen sind abschließend geklärt: Der Metrorapid wird nicht in Nordrhein-Westfalen gebaut, und die Steinkohle hat Zukunft in unserem Land. Das ist jetzt klar, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalition hat Mut zur Konzentration bewiesen. Auch für die schwierigen Haushaltsplanberatungen haben wir die wichtigen Eckpunkte festgelegt. Wir haben festgelegt, dass es bei dem Doppelhaushalt 2004/2005 eine institutionelle Förderung nur noch dann geben wird, wenn die dafür notwendigen Mittel bereits rechtlich verbindlich eingeplant sind. Wir werden die einzelbetriebliche Förderung einstellen. Wir werden die sächlichen Verwaltungsaufgaben überrollen - das heißt, sie werden nicht erhöht - und die investiven Beschaffungen um weitere 10 % senken. Das sind schwierige Entscheidungen; es sind nicht die einzigen. Ich werde noch weitere nennen.

Aber wenn ich mir anschau, wie die Opposition mit der Haushaltslage umgeht, dann kann ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, nur sagen: Sie haben diesen Grundsätzen, an denen wir uns orientieren werden, nichts Vergleichbares entgegensetzen, nur leere Worthülsen und Versprechungen, die in sich selbst widersprüchlich sind.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Die Koalitionsfraktionen haben mit ihrem Signal für Erneuerung und Konzentration festgeschrieben, dass auch der öffentliche Dienst seinen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und zur Wahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit dieses Landes leisten muss. Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Dienst, beileibe nicht - wir werden stark kürzen -, aber auch für den öffentlichen Dienst. Dabei reden wir nicht um den heißen Brei herum. Die Einführung der 41-Stunden-Woche, die Streichung des Urlaubsgeldes und die Absenkung des Weihnachtsgeldes sind drei Stichworte, aber nicht die einzigen.

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, auch der öffentliche Dienst sollte zumindest einen Teilbeitrag dazu leisten, dass wir Handlungsspielräume in Nordrhein-Westfalen behalten, damit wir sowohl Erwerbsperspektiven in diesem Land fördern können, aber auch all das tun können, was unsere Bürger auch wünschen, nämlich unsere Schulen weiter zu verbessern. Dafür brauchen wir finanzielle Handlungsspielräume in einem eng begrenzten Bereich. Aber wir brauchen sie. Nur dafür wollen wir diese Mittel einsetzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb haben die Koalitionsfraktionen festgeschrieben: Uns geht es um den Ausbau der Ganztagsbetreuung - das ist ein eindeutiger Schwerpunkt - und natürlich und ganz wichtig: Jede Maßnahme zur Bekämpfung des Unterrichtsaus-

falls, die zielführend ist, werden wir in den nächsten Monaten gemeinsam miteinander diskutieren, beschließen und auch finanzieren. Die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit für die nächsten Monate und die nächsten beiden Jahre.

Ich frage den Oppositionsführer von der CDU, wie er eigentlich den von ihm versprochenen Schwerpunkt Bildung - Sie haben da auch Schwerpunkte gesetzt - mit über 8.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, die eingestellt werden sollen, finanzieren will. Herr Dr. Rüttgers, wie wollen Sie das eigentlich finanzieren, wenn jeder Ihrer Arbeitskreissprecher, wo immer er herkommt, jeder Ihrer Fachpolitiker jede andere Kürzungsmaßnahme sofort bekämpft und als völlig falsch darstellt?

Ohne Kürzungen im Haushalt, ohne Belastungen in bestimmten Bereichen, auch im öffentlichen Dienst, werden Sie solche Ziele nicht erreichen können. Das, was Sie hier den Leuten politisch versprechen, ist alles auf Sand gebaut. Das ist nicht stabil.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben keine solide Finanzierung. Sie sind populistisch ausgerichtet, aber nicht realistisch orientiert.

Das ist im Übrigen auch wie im Bund: In der Frage der Steuerreform ist die Union untereinander völlig zerstritten. Darüber brauchen wir nicht weiter zu diskutieren. Das weiß mittlerweile jeder. Bei der Frage der Gemeindefinanzreform ist die Union auch in Nordrhein-Westfalen zerstritten. Da sind die CDU-Oberbürgermeister anderer Meinung als die CDU-Landtagsfraktion und ihr Vorsitzender.

Auch bei der offenen Ganztagschule gibt es innerhalb der CDU keine einheitliche Meinung. Ich kenne eine ganze Reihe von mit absoluter Mehrheit der CDU geführte Städte, in denen sich die Menschen begeistert hinter das Projekt "offene Ganztagschule" stellen und es realisieren wollen, während Sie es hier mit Ihren Schulpolitikern bekämpfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

- Herr Hardt, gehen Sie nach Düsseldorf! Gehen Sie nach Monschau in der Eifel! Gehen Sie nach Essen, nach Gelsenkirchen, Köln, Krefeld, Gütersloh! Überall läuft das Projekt "offene Ganztagsgrundschule", und Sie sind dagegen. Verantwortet wird es vor Ort auch von Ihren CDU-Kommunalpolitikern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es deutlich gesagt: Priorität bei uns - deshalb steht es auch an erster Stelle in unserem "Signal" - ist die Modernisierung und Reform unseres Schulwesens. Wir wollen den Unterrichtsausfall hartnäckig bekämpfen. Wir wollen versuchen, den Unterrichtsausfall - den man nicht ganz beseitigen kann, den wird es immer geben, es hat ihn immer gegeben, wir waren als Schülerinnen und Schüler, soweit wir uns noch daran erinnern können, manchmal ganz froh darüber, wenn der Unterricht mal ausgefallen ist - soweit wie irgend möglich und verantwortbar zurückzuführen.

Wir werden weiter den Ausbau der offenen Ganztagsgrundschulen anstreben. Bis 2007 werden es 200.000 Plätze in Nordrhein-Westfalen sein. Ab dem nächsten Jahr wird das ein Renner werden, wenn es nämlich auch um die investiven Mittel geht.

Wir wollen die "selbstständige Schule", meine sehr verehrten Damen und Herren, in die Fläche hinein entwickeln. Wir wollen das Projekt schneller realisieren. Wir wollen das Abitur generell nach zwölf Jahren.

(Beifall und Zurufe von der CDU)

Wir wollen die Entrümpelung der Schulvorschriften. Wir wollen eine Reform der Schulaufsicht. Wir wollen die Abschlüsse und die Zahl der Sitzbleiber deutlich verringern. Wir wollen mehr Freiheit für die Schulträger beim Zusammenlegen von Schulen, wenn es sich aus ihrer örtlichen Sicht als richtig darstellt.

Was stellt die CDU diesem Programm inhaltlich entgegen?

(Unruhe bei der CDU)

Eine ideologisch, völlig verhärtete Schulpolitik!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie halten am vielfach gegliederten Schulsystem gegen jeden wissenschaftlichen Sachverstand hartnäckig fest, ideologisch total verhärtet. Sie setzen auch eindeutig nicht auf Integration in der Schule, sondern klar auf Ausgrenzung, auf Selektion. Das sind die Prinzipien, an denen Sie sich orientieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schule ist ein Thema unseres "Signals", ein wichtiges Thema.

Ein anderes Thema, meine Damen und Herren, ist die Modernisierung der Landesverwaltung. Wir streben einen Regionalverband Ruhr an.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, das tun wir. Da haben wir auch Positionen verändert. Da gehen wir auf andere zu, auch auf die Union. Wir wollen Landesaufgaben, wo es möglich ist, kommunalisieren,

(Zuruf von Heinz Hardt CDU)

und wir werden sie auch breit privatisieren. Warum können nicht bestimmte Aufgaben auch vom TÜV oder von der DEKRA übernommen werden, warum nicht? Wir wollen das prüfen und wir wollen es auch umsetzen, wenn es machbar ist.

Außerdem wir wollen nur noch drei Bezirksregierungen. Ich weiß, dass die CDU dieses früher auch schon vorgeschlagen hat. Aber ich frage mich, meine Damen und Herren von der CDU: Sind Sie auch dann bereit, wenn uns allmählich die Kugeln um die Ohren fliegen, dazu zu stehen? Oder machen Sie es dann wieder wie bei der Reform der Landschaftsverbände, die Sie ja zunächst gefordert hatten?

Das war ja anschließend ein wichtiges Thema auf Ihrem Landesparteitag und auch damals ganz entscheidend für bestimmte Personalentscheidungen. Herr Dr. Rüttgers, Sie haben damals von einer bestimmten Diskussion profitiert. Ihr Vorgänger, Herr Linssen, hatte nämlich eine andere Position eingenommen als Sie. Das haben Sie dann in Ihrem Interesse abgeräumt.

Ich frage: Wird die CDU zu dem stehen, was sie uns zugesagt hat? Stimmt auch heute noch, meine Damen und Herren, was Herr Kruse ---

(Unruhe bei der CDU)

- Nun seien Sie doch nicht so aufgeregt. Dass Sie sich durch künstliche Erregung etwas munterer machen wollen, das verstehe ich angesichts der frühen Zeit. Aber seien Sie ein bisschen ruhiger und gelassener!

Meine Damen und Herren, da hat am 28. Februar - ich nehme an, in Ihrem Namen - Ihr Kollege Heinrich Kruse gesagt: "So soll es in Zukunft in Nordrhein-Westfalen nur noch drei statt fünf Bezirksregierungen geben." Ich frage Sie: Gilt das für Sie? Machen Sie das noch mit?

Wir machen Ihnen ein deutliches Angebot, weil wir auch Realisten sind, meine Damen und Herren: Die Frage der Reform der Bezirksregierungen ist genauso wie die kommunale Neugliederung, die Gebietsreform, die wir gemacht haben, nur durchsetzbar, wenn die großen Fraktionen dieses gemeinsam tragen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Rüttgers, wenn Sie in der Vergangenheit etwas gefordert und für richtig erachtet haben und Sie den Anschein von Glaubwürdigkeit für Ihre eigenen politischen Positionen noch einigermaßen über die Runden retten wollen, dann, denke ich, ist es an der Zeit, dass Sie klar und deutlich sagen: "Ja, hier hat sich die größte Regierungsfraktion auf uns zu bewegt." Wir akzeptieren das, wenn Sie das sagen: "Wir werden gemeinsam mit Ihnen diesen Weg beschreiten. Wir sind bereit zur Kooperation und werden das gemeinsam verantworten."

Wir sind bereit, mit Ihnen diesen Weg zu gehen. Aber - ich sage Ihnen - : Ohne Sie wird dieser Weg nicht zu gehen sein. Ich fürchte - ich hoffe nicht -, es wird viele bei Ihnen geben, die vor dieser Frage lieber kneifen wollen. Irgendwann kommt die Stunde der Wahrheit, auch für die CDU. Stehen Sie zu dem, was Sie beschlossen und vertreten haben oder nicht?

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten - und auch wir in unserem "Düsseldorfer Signal" - stehen für soziale Gerechtigkeit, gerade und besonders in schwierigen Zeiten. Wer die Hilfe des Staates braucht, wird sie auch in Zukunft bekommen. Sozial gerecht zu sein heißt angesichts von fast 900.000 Menschen ohne Arbeit und der anhaltenden Wachstumsschwäche in unserem Land heute aber vor allem, alles zu tun, was geeignet ist, neue Erwerbsperspektiven zu schaffen, und alles zu unterlassen, was die Schaffung dieser neuen Arbeitsplätze erschwert oder sogar verhindert.

Genau das haben wir innerhalb unserer Koalitionsgespräche eingehend erörtert und aufgezeigt, dass wir, auch was staatliche Hilfen, Bürokratie und Verwaltung angeht, alles tun wollen, um Kunden orientiert zu arbeiten. Wir wollen uns an diejenigen orientieren, die in diesem Land etwas unternehmen wollen, die etwas investieren wollen, die etwas in die Hand nehmen und Mut haben. Die wollen wir nicht entmutigen, sondern wir wollen ihnen eine Chance geben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir gesagt, dass wir die Verwaltung modernisieren wollen. Deshalb steht in dem "Düsseldorfer Signal" viel mehr, als der eine oder andere beim oberflächlichen Lesen überhaupt mitbekommen hat. Da ist sehr viel mehr an Aufbruch enthalten, als die meisten bislang zur Kenntnis genommen haben.

Im Übrigen: Was die Entbürokratisierung angeht, so werden wir das OWL-Modell zur Entbürokratisierung zügig umsetzen und auf das ganze Land

übertragen. Ich bin sehr gespannt, ob die Opposition auch dann noch begeistert mit dabei ist oder ob sie nicht doch wieder Klientelpolitik betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Wir laden Sie dazu ein. Machen Sie mit, meine Damen und Herren. Wir wollen das mit Ihnen gemeinsam machen. Aber wenn Sie dabei nicht mitmachen, werden wir diesen Weg gegebenenfalls auch alleine gehen müssen.

Ein anderes Thema - ich habe es vorhin kurz angesprochen - ist die Steinkohle. Ja, über die Steinkohle hat die Koalition hartnäckig gerungen. Das war ein sehr schwieriges Thema. Aber wir haben uns verständigt. Die Frage ist entschieden. Im Jahr 2012 wird es in Nordrhein-Westfalen und im Saarland noch eine Förderung von 18 Millionen Steinkohleneinheiten geben. Diese Größenordnung wird auch von den Unternehmen und der Gewerkschaft akzeptiert, und sie ist auch in Berlin rückgekoppelt, wie man zu sagen pflegt.

Wir werden - das haben wir Ihnen schon seit langer Zeit gesagt; der Ministerpräsident schon in seiner Regierungserklärung - konsequent daran mitwirken, dass die Landessubventionen ab 2005 jährlich um 40 Millionen € abgebaut werden, beginnend im Jahr 2006. Bis zum Jahr 2012 werden wir im Land Nordrhein-Westfalen die Subventionen um mehr als die Hälfte abgebaut haben, nicht, wie die Union sagt, um die Hälfte, sondern um mehr als die Hälfte, und zwar trotz einer höheren Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Insofern kann ich nur sagen: Ich warte eigentlich auf den Applaus der Union. Sie müssten doch begeistert sein. Aber was ist? - Schweigen. Offenbar sind Sie davon sehr überrascht worden.

(Zuruf von der SPD: Faul ist das!)

Eines steht auch fest: Im Jahr 2012 wird es Steinkohleförderung in Nordrhein-Westfalen geben. Keinen Auslaufbergbau, keinen Museumsbergbau, sondern es wird in Nordrhein-Westfalen Steinkohle gefördert, und damit wird Wertschöpfung gemacht, und es werden Arbeitsplätze erhalten. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Klar, wir hatten auch eine Reihe von Problemen mit unserem Koalitionspartner, wer weiß das nicht.

(Zurufe von der CDU)

- Sie brauchen gar nicht zu feixen; das weiß doch jeder. Aber das Entscheidende ist gar nicht, dass es das gibt, sondern entscheidend ist, wie wir damit umgehen. Wir haben bei den Verkehrsprojekten - um das anzusprechen - auch die Punkte, die durchaus streitig zwischen uns waren, in einem gemeinsamen Sinn für die Realisierung der nächsten Jahre abschließend geklärt. Das gilt sowohl für den Autobahnausbau - für die A 1, die A 33, die A 44 und die A 46 - als auch für die Zukunft des Flughafens Düsseldorf, damit auch er, im Vergleich zu Frankfurt und München, eine Entwicklungschance hat. Das ist in der Koalition klar verabredet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kapazität des Düsseldorfer Flughafens an die Bedürfnisse des Investments angepasst werden kann.

Ich komme noch zu einem anderen Thema, das für unser Land und vor allen Dingen für seine Kommunen von immenser Bedeutung ist. Das ist die Frage der Gemeindefinanzreform. Auch hierüber haben wir eine klare Buchung innerhalb der Koalition. Wir wollen die Reform der Gemeindefinanzen auf der Basis einer Modernisierung der Gewerbesteuer, so, wie das heute der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Ich bedaure, dass die Kommission, die auf Bundesebene eingesetzt wurde, nicht zu einem einstimmigen Ergebnis gekommen ist. Aber es ist völlig klar, dass sowohl die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen als auch die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sowie alle kommunalen Spitzenverbände für das Modell einer modernisierten Gewerbesteuer sind. Genau so ist es. Die einzigen, die im Abseits stehen, sind die Union und die FDP. Sie stehen absolut im Abseits, erledigt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden das tun, und es wird nach Berechnung von Fachleuten aus dem Bereich der kommunalen Familie die Kommunen bundesweit um knapp 4 Milliarden € entlasten.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Das wird nicht reichen. Wir brauchen eine weitere Entlastung, und die bekommen wir nur durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hin. Hierzu müssen noch die Zahlen auf den Tisch gelegt werden, aber ich hoffe, dass es ein beachtlicher Betrag ist, der den Kommunen zur Entlastung zur Verfügung steht.

Wir werden auch - darüber sind wir längst im Gespräch miteinander, ich erwähne das nur beiläufig - die strikte Konnexität in die Landesverfas-

sung mit aufnehmen. Das Angebot an die anderen Fraktionen liegt vor. Ich frage Sie: Können wir das gemeinsam machen oder nicht? - Ich wäre dankbar, wenn wir von Ihnen einen Hinweis bekämen.

Wir werden uns sehr nachdrücklich dafür einsetzen, dass auch weiterhin die Standards und die Normensetzungen für die Kommunen heruntergestuft und dass die Kommunen dadurch finanziell entlastet werden.

Damit komme ich zu dem, was uns in den nächsten Monaten gemeinsam sehr intensiv beschäftigen wird, nämlich die Frage des Haushalts. Auch dazu - ich habe es anfangs zwar schon erwähnt - will ich noch ein paar vertiefende Worte sagen.

Wir werden für die nächsten beiden Jahre einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Wir werden uns aber auch an gravierende Veränderungen, die es gibt, anpassen müssen. Wir werden auf viele Ausgaben verzichten. Ich sagte schon, dass wir die institutionelle Förderung herunterfahren müssen. Wir werden auch in die Leistungsgesetze des Landes eingreifen müssen. In Leistungsgesetze des Bundes können wir nicht eingreifen, aber wir können, wenn wir es für richtig halten, über den Bundesrat initiativ werden. Aber das braucht viel Zeit, das wird sich für diese beiden Haushalte sicherlich nicht etatreif realisieren lassen. Wir setzen dann Schwerpunkte bei den Mitteln, die wir zur Verfügung haben. Ich hatte gesagt, dass die Schule der entscheidende Schwerpunkt ist.

Nun noch ein Wort zur Steuerreformstufe 2005, bei der auch nicht mit ehrlichen Karten gespielt wird, jedenfalls nicht seitens der Opposition.

(Zurufe von der CDU)

Denn es ist ja völlig unstrittig, dass das gestern eine große Rolle in der Debatte über einen Ihrer Anträge gespielt hat. Der Finanzminister hat die Dinge auf den Punkt gebracht. Man kann den Menschen nicht versprechen, dass die Steuern gesenkt werden, was ihnen mehr Geld in der Tasche lässt, dem Staat aber weniger bringt, wenn der Staat gleichzeitig Schulden abbauen und Mehrausgaben finanzieren soll. Das geht nicht. Das ist alles Blödsinn, und jeder weiß das auch.

So etwas kann gar nicht funktionieren: weder im privaten Leben noch im wirtschaftlichen Leben geschweige denn im öffentlichen, im staatlichen Bereich. Das geht alles überhaupt nicht.

Also muss man sich jetzt sehr genau überlegen, wie man die Stellschrauben, die es da gibt, dreht. Da sage ich: Steuersenkung ist immer gut, für

wen denn nicht? Nicht nur für uns, sondern vor allen Dingen für alle Bürger ist das eine positive Nachricht.

Die Frage, die sich dann aber stellt: Können wir Kürzungen an anderer Stelle erreichen, die den Effekt der Steuersenkung nicht wieder aufheben? Subventionskürzungen an anderer Stelle, die jeden einzelnen Bürger treffen würden, ihm gleichzeitig Geld aus der Tasche nehmen und sagen: "Aber du bekommst doch mehr Steuern zurück" - das wäre eine Täuschung der Öffentlichkeit. Das kann man so nicht machen.

Es gibt einige Subventionen, die man kürzen kann, in der Tat. Darüber werden unser Ministerpräsident und Herr Koch miteinander zu verhandeln haben. Ich denke, sie werden auch etwas Gutes vorlegen - im Übrigen sehr zum Ärger Ihres Fraktionsvorsitzenden, der das überhaupt alles mit sehr spitzen Fingern anfasst und sehr kritisch begleitet, weil er da nämlich einen großen Konkurrenten auch für sein eigenes politisches Standing innerhalb der CDU sieht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Aber gut, lassen wir das!

Es gibt zwei andere Möglichkeiten, mit denen man arbeiten kann. Eine ist: Wir können die Ausgaben im Rahmen unseres Haushaltes senken. Das werden wir tun. Wir werden Ausgaben senken. Aber ich bin sehr gespannt darauf, meine Damen und Herren von der Opposition, wo Sie dann mitmachen, wo Sie Alternativen anbieten und wo Sie bereit sind, mit uns auch einmal unpopuläre Kürzungen zu tragen, oder ob Sie sich dann so, wie wir Sie seit Jahrzehnten kennen, wieder alle gemeinsam vom Acker machen und eine rein populistische Politik betreiben. Ich bin gespannt auf die Zeit, in der wir mit Ihnen darüber diskutieren.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Es gibt eine weitere Möglichkeit, auch darüber muss man reden: Man kann gegebenenfalls für einen begrenzten Zeitraum auch neue Schulden machen, Kredite aufnehmen - unter der Maßgabe, dass man sie dann, wenn die Konjunktur anspringt, zügig zurückzahlt. Das ist eine spannende Frage. Wenn das alle gemeinsam machen, dann ist das eine klar verabredete Politik. Aber Politik nach dem Motto "Hannemann, geh' du voran", und ich stelle mich hinter den Acker und warte ab, wie der verprügelt wird, machen wir nicht. Deshalb, denke ich, werden auch die politisch Verantwortlichen in den Ländern sich darauf verstän-

digen, eine solche Politik nur gemeinsam zu realisieren.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben für dieses Arbeitsprogramm hart miteinander gerungen - jeder hat das mitbekommen -: sieben Verhandlungsrunden, wir haben viele Stunden miteinander diskutiert. Ich fand, es war strapaziös und es hat manchmal die Nachtschlafzeit übermäßig verkürzt. Aber das ist nun einmal so.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber es schweißt zusammen!)

Doch das Ergebnis, meine Damen und Herren, ist eine stabile, eine verlässliche Grundlage für die Politik der nächsten Jahre. Die SPD-Fraktion hat beschlossen, dieses Programm konsequent umzusetzen. Der Landesparteitag der SPD am kommenden Sonntag wird dies auch tun.

Wir fordern alle Fraktionen des Landtages auf, sich der Mitverantwortung für unser Land, für die Menschen in unserem Land nicht zu entziehen, nicht in Populismus zu fallen, sondern sich auch an der Politik zu orientieren, die wir machen, nämlich an Ehrlichkeit und Wahrheit, an Wahrhaftigkeit zu orientieren und nicht an Verschwiemelungen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei CDU und FDP)

Arbeiten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, kritisch mit! Das verlangen wir sogar von Ihnen. Aber arbeiten Sie konstruktiv mit, meine Damen und Herren!

Die Menschen erwarten von uns Lösungen für die Probleme, die das Land, die sie haben, und keine fruchtlosen Debatten. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Moron. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Rüttgers, der Fraktionsvorsitzende der CDU. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Moron, ich finde es gut, dass man sich, wenn es um Politik geht, auch einmal engagieren kann, auch eine engagierte Rede vortragen kann.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Wenn man so blutleer ist wie Sie, dann nicht!)

Dann darf das auch einmal laut werden. Dann kann man sich auch richtig echauffieren. Herr Moron, mir geht es gar nicht darum, zu philosophieren, warum Sie heute Morgen schon direkt so engagiert angefangen haben. Das klären Sie bitte in Ihrer eigenen Fraktion. Nur eines will ich Ihnen sagen: Wenn man sich schon aufregt, dann sollte man wenigstens noch wissen, was man vor fünf Wochen gesagt hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann sollte man wenigstens noch klar im Kopf haben, was man damals in die Mikrophone gesagt hat. Habe ich es völlig falsch im Kopf, dass Sie damals einer derjenigen waren, die gesagt haben: "Die Grünen müssen raus aus der Koalition!"?

(Edgar Moron [SPD]: Es gibt kein einziges Zitat von mir!)

Und jetzt plötzlich ist das alles richtig. Man muss mit Vergleichen vorsichtig sein. Mir fiel gerade ein: Im Fernsehen gab es einen, der hieß Comical Ali. Bei Ihnen war das eben so etwas wie Comical Edgar.

(Beifall bei CDU und FDP - Edgar Moron [SPD]: Kein einziges Zitat, Herr Dr. Rüttgers!)

Mein lieber Herr Gesangverein! Die Grünen haben überhaupt nicht geklatscht, und Ihre Leute waren peinlich berührt. Die nächste wird eine schwierige Fraktionssitzung. Glauben Sie mir!

Aber Sie haben am Anfang eines richtig gesagt: dass die CDU-Fraktion beantragt hat, heute nicht nur, wie von Ihnen und von der Regierung vorgesehen, eine halbe Stunde die dritte Lesung zum Nachtragshaushalt zu machen,

(Brigitte Speth [SPD]: Das wollten Sie doch auch! - Weiterer Zuruf von der SPD: Gestern war keiner da!)

sondern nach den Ereignissen der letzten sechs Wochen auch über Ihre Koalitions- und Regierungskrise zu reden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Frau Löhrmann, schauen Sie: In Berlin gab es in der SPD auch Krach. Da hat der Bundeskanzler wenigstens eine Regierungserklärung abgegeben. Wenn wir diese Debatte nicht beantragt hätten, wären Sie neun Wochen in Ferien gefahren und hätten im Parlament kein einziges Mal über Ihren Krach der letzten Wochen diskutiert. So kann man parlamentarisch nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich könnte jetzt eine halbe Stunde lang vorlesen, was in diesen sechs Wochen so alles gesagt worden ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal was!)

- Das kann ich gerne machen, z. B. den Ministerpräsidenten zitieren. Der hat auf dem SPD-Sonderparteitag am 14. Juni gesagt: Die Menschen versagen der SPD die Zustimmung, weil sie als Regierungspartei nicht überzeugt. - Recht haben Sie, Herr Steinbrück. Recht haben Sie!

(Beifall bei CDU und FDP)

Da sind Sie vor das nordrhein-westfälische Volk getreten und haben gesagt: "Jetzt wollen wir die Wende schaffen. Wir schaffen Bremsklötze weg." - Nur, eins ist klar, Herr Steinbrück: Das haben Sie nicht geschafft.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass Sie in diesem Land eine andere Politik machen wollten. Übrigens: Welche andere Politik? Eine andere Politik, als Ihre eigene SPD hier 30 Jahre gemacht hat, wollten Sie machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ausdrücklich Recht geben: Diese SPD-Politik kann man auch nicht weitermachen. Auch da haben Sie völlig Recht.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Steinbrück, in der Politik muss man etwas nicht nur wollen, man muss es auch können. Sie können es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten eine neue Politik und herausgekommen ist ein "Weiter so!". Allerdings will ich auch zugeben: Eines haben Sie geschafft. Ihre eigene Partei - das hat gerade der Auftritt von Herrn Moron klassisch bewiesen - ist zutiefst verunsichert und total demotiviert, und das Verhältnis zum Koalitionspartner ist ruiniert.

(Minister Dr. Michael Vesper: Nein!)

- Herr Vesper, das Verhältnis zu Ihnen nicht; bei Ihnen kann man nichts ruinieren, das ist völlig klar.

(Beifall bei der CDU)

So geländegängig wie Sie sind, Sie machen es mal so herum und mal so mit - Hauptsache Ministeramt, Hauptsache drin bleiben, Hauptsache nicht darüber nachdenken, es könnte etwas mit den Inhalten nicht stimmen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Ihre Partei ist total demotiviert. Herr Steinbrück, wenn ich es richtig weiß, sind Sie Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Ach nee!)

Sie hätten eigentlich alles tun können. Sie hätten alle Möglichkeiten gehabt, selbst zu handeln. Die Fragen wird man ja einmal stellen können:

Wer hat Sie eigentlich in den letzten Monaten daran gehindert zu sagen, dass Sie keinen Investor für den Metrorapid finden und dass das Land und der Bund das Ganze nicht schultern können? Wer hat Sie eigentlich daran gehindert zu sagen, dass wir das Abitur nach zwölf Jahren brauchen? Wer hat Sie eigentlich in den letzten 30 Jahren daran gehindert, die A 2, den Kölner Ring oder die A 40 auszubauen? Wer hat Sie eigentlich daran gehindert - Sie und Ihre SPD -, die Steinkohlesubventionen nach unten zu fahren? Wer hat Sie eigentlich daran gehindert, eine Verwaltungsreform in diesem Land zu machen?

(Beifall bei der CDU)

Waren wir das, waren es die Grünen, war es die FDP? Wir waren es doch nicht. Und wenn es nicht die anderen waren, warum haben Sie dann den Krach angefangen, statt das zu tun, was Ihres Amtes ist, nämlich etwas für die Menschen zu tun?

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Nun will ich nicht auf die Äußerungen von Herrn Moron an der Stelle eingehen. Er hat uns gerade in bester Propagandamanier vorgeführt, dass jetzt der große Durchbruch in den zwei Streitpunkten erzielt sei. Zwei zentrale Streitpunkte sind weggeräumt. Das Erste: Der Metrorapid wird nicht gebaut. Das Zweite: Die Steinkohle wird heruntergefahren. Toller Erfolg, Herr Moron, toller Erfolg für Ihre Politik! Ich will Ihnen sagen: Sie sind ein Held des Rückzugs.

(Beifall bei der CDU)

Nur, am Schluss kommt bei der ganzen Geschichte nur noch Schrott heraus.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns den Kompromiss - wie Sie gesagt haben - bei den Kohlesubventionen einmal ansehen. Ich glaube, dass es ein fauler Kompromiss ist, und zwar deshalb ein fauler Kompromiss, weil es ein Kompromiss zulasten Dritter ist.

Was ist herausgekommen? 18 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahre 2012 - das haben die Grünen zugestanden -, Halbierung der Subventionen bis 2012 - das hat die SPD zugestehen müssen. Herr Steinbrück, das ist ganz sicher eins: eine ergebnisoffene, aber ganz sicher eins nicht: eine wahrhaftige Regelung.

Niemand - auch Sie nicht - wird es schaffen, die Regeln der Mathematik nach Adam Riese außer Kraft zu setzen. Erklären Sie uns doch bitte einmal, wie Sie das machen wollen: Halbierung der Subventionen und gleichzeitig nur 4 Millionen Tonnen Steinkohleförderung herausnehmen. Am Schluss werden Sie auch an dem Punkt landen müssen: Wenn man halbieren will, dann muss man das auch bei der Förderung machen. Deshalb haben Sie die Kumpel belogen, weil Sie ihnen etwas gesagt haben, was niemand auf der Welt je einhalten kann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie uns dann auch noch sagen, der Bund übernimmt die Differenz, dann will ich Ihnen einmal die Frage stellen: Wer rechtfertigt eigentlich, dass Sie glauben, und wie rechtfertigen Sie, dass Sie glauben, in Berlin würden Ihre eigene Fraktion und Ihre eigene Koalition nur darauf warten zu sagen: Okay, dann übernehmen wir die nordrhein-westfälischen Subventionen für die Steinkohle.

Wenn man etwas für Menschen tun will, wenn man etwas für die Kumpel tun will, dann muss man ihnen sagen: Wir sind pleite, wir können es nicht mehr bezahlen, es geht nicht mehr, aber wir wollen nicht alles platt machen; und man nennt ihnen dann einen Termin, den man halten kann. 18 Millionen Tonnen bei gleichzeitiger Halbierung der Subventionen - das ist nicht zu halten. Deshalb ist das, was in Ihrem Paket steht, unwahrhaftig.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Sie haben das Gewicht der SPD aufs Spiel gesetzt, weil Sie das Ende nicht bedacht haben. Nun ist die Inszenierung vorbei. "Rot pur" ist dabei garantiert nicht herausgekommen. Sie haben Krach angefangen ohne Ziel und Plan. Nachdem Ihnen der eigene SPD-Parteitag klargemacht hat, dass er die Koalition mit der FDP nicht will, war Ihre Autorität weg. Frau Höhn hat Ihre Ohnmacht sofort ausgenutzt. Bis in den letzten Satz, bis in die letzte Formulierung des Düsseldorfer Signals hinein kann man das auch nachzeichnen. Deshalb glaube ich, dass Sie statt "Düsseldorfer Signal" besser eine andere Überschrift gewählt hätten, nämlich "Düsseldorfer Kapitulation".

(Zustimmende Zurufe und Beifall bei der CDU)

Sie wollten den Koalitionspartner loswerden, danach wollten Sie ihn disziplinieren, und am Ende sind Sie von ihm vorgeführt worden.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Sie haben damit Ihre eigene Partei mitten ins Herz getroffen. Wir haben schon mehrfach darüber diskutiert. Früher gab es immer das Ritual, da haben Sozialdemokraten gesagt: Alles ist gut in Nordrhein-Westfalen oder wenigstens auf einem guten Weg. Jetzt haben Sie, Herr Steinbrück, Ihrer Partei gesagt: Wenn wir so weitermachen, dann können wir die Kommunalwahl und die Landtagswahl vergessen.

Herr Steinbrück, mir persönlich soll es ja recht sein, aber erklären Sie einmal einem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden, wie er mit solchen Sätzen Wahlkampf machen soll.

(Ministerin Birgit Fischer: Besser als Sie!)

Erklären Sie das einmal Ihren eigenen Leuten.

Noch nie hat ein Ministerpräsident sich und seine Partei in so kurzer Zeit so beschädigt. Sie haben von Ihrer Partei einen Politikwechsel gefordert. Sie haben gesagt: "Was wir in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen, ist ein Politikwechsel, um den Menschen die Gründe für einen eventuellen Regierungswechsel zu nehmen." Nicht erst seit den letzten Wochen gibt es jetzt tausend Gründe für einen Regierungs- und Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Sie sind jetzt, Herr Steinbrück, was Sie vermeiden wollten: eine lahme Ente. Sie sind es genau in dem Sinn, den das Wort im Amerikanischen hat, ein Regierungschef in der zweiten Hälfte einer Legislaturperiode, von dem feststeht, dass er nicht wiedergewählt wird. In Amerika regelt das die Verfassung, bei uns in Nordrhein-Westfalen die Wähler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Alle Umfragen zeigen ja auch, dass die Menschen im Land kein Verständnis für eine solche Politshow haben. Sie wollen, dass endlich etwas passiert: bei der Arbeitslosigkeit, bei der Lehrstellenkatastrophe, beim Pleitenrekord.

Wer jetzt nach all der Show erwartet hätte, dass in dieser Düsseldorfer Kapitulation irgendetwas darüber steht, wie man Arbeitslosigkeit bekämpft, wie

man verhindert, dass es im Winter eine Million Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen gibt, wie die 50.000 jungen Leute, die dringend auf eine Lehrstelle warten, sich 20, 30, 40 Mal bewerben und immer nur Absagen bekommen, eine Perspektive für ihr junges Leben bekommen, wie diejenigen im Mittelstand, im Handel, im Handwerk, die Pleite machen müssen, eine Perspektive bekommen, dass es wieder aufwärts geht mit der Wirtschaft, hat sich getäuscht.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Wo sind denn da Ihre Antworten?)

- Wir beschäftigen uns, verehrter Herr Steinbrück, im Moment in der Debatte immer mit Ihrer Regierungspolitik. Unsere Antworten kriegen Sie. Sonst sagen Sie immer, man soll sich nicht einen schlanken Fuß machen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich bin ja der Auffassung, dass eine Opposition auch sagen muss, wie ihre Alternativen aussehen. Aber wir haben ja im Moment den Zustand, dass die Opposition sagt, wie ihre Alternativen aussehen, aber die Regierung kann noch nicht einmal mehr sagen, was sie tut! Sie hat noch nicht einmal ein Programm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich frage Sie: Wo ist denn bitte Ihre Antwort? Sie sind Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Und wenn Sie nicht wissen, wie Sie mit Arbeitslosigkeit fertig werden, dann treten Sie ab, Herr Steinbrück! Dann ist Schluss mit lustig. Ab vom Acker!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Dann lassen Sie uns doch über Lehrstellen reden. Was steht denn über Lehrstellen in diesem Papier? - "Wir setzen auf den Ausbildungskonsens." Das ist ja okay.

(Zuruf von Minister Harald Schartau)

- Sind Sie noch da, Herr Schartau, oder sind Sie schon bei der IG Metall? Sind Sie schon weg oder nicht? Sie machen sich doch gerade davon.

(Zurufe von der SPD)

Herr Schartau, ich habe nichts gegen diesen Ausbildungskonsens. Ich erwarte nur von Ihnen und Ihrem Regierungschef, dass Sie nicht sagen, wir haben da einen Ausbildungskonsens und einen runden Tisch, und dann reden wir wieder. Ich erwarte, dass Sie in einem solchen Papier konkret sagen: Wir werden jetzt in dieser Notsituation für

junge Leute erstens, zweitens, drittens, viertens ...

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Schartau, Sie waren doch derjenige, der die Mittel für die Lehrlingsausbildung bei den Altenpflegern gekürzt hat! Sie tun das Gegenteil von dem, was Sie sagen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist so unglaublich. Packen Sie sich an die eigene Nase, und machen Sie Politik für junge Menschen!

Gestern hatte ich eine Gruppe von Handwerkern aus Ostwestfalen da. Erklären Sie Handwerkern einmal bitte, wie sie Lehrstellen zur Verfügung stellen sollen, wie sie neue Betriebe gründen sollen, wenn Sie gleichzeitig zusammen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten, der hier immer als großer Handwerksfreund herumgelaufen ist, aber, seitdem er in Berlin ist, nicht mehr weiß, was er sagt, die Axt an die Wurzeln des deutschen Handwerks legen und den Meisterbrief abschaffen!

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Das ist eine der Sachen, die Depression in diesem Land auslösen.

Sie sagen: "Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung." Glaubt denn wirklich jemand ---

(Minister Harald Schartau: Mein Gott!)

- Wie, mein Gott? Lieber Herr Schartau, dass Sie keine Ahnung von Wirtschaft haben, ist klar. Das will ich Ihnen auch nicht vorwerfen. Man muss im Leben nicht von allem Ahnung haben.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie sich aber zum Prinzip gemacht!)

Sie haben vielleicht Ahnung von der IG Metall, aber von Wirtschaftspolitik haben Sie keine. Sonst hätten Sie die Investitionsquote in diesem Nachtragshaushalt, den wir jetzt diskutieren, nicht auf 7,7 % - einen historischen Tiefstand - heruntergeführt. Wo sollen denn bitte die Aufträge für den Mittelstand herkommen, wenn Sie nicht mehr in der Lage sind, überhaupt Geld für Investitionen in diesem Land zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine Landesregierung, die heute einen Nachtragshaushalt verabschieden will. Es hat Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe gegeben. Und der Landesregierung fällt nichts anderes ein, als noch mehr Schulden zu machen. Dann sagt

der Ministerpräsident: Wir sollten einen großen Pakt machen, die Verfassung außer Kraft setzen, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausrufen und sagen, das Ganze ist dann okay.

(Zurufe von der SPD)

Herr Steinbrück, lesen Sie bitte einmal bei Herrn Donges nach. Herr Donges hat Ihnen gerade vorgerechnet, dass es sogar rechtswidrig ist, wenn man eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausruft, nur um damit mehr Schulden machen zu können. Gleichzeitig sind Sie ja in diese Situation gekommen, weil Sie zu viel Schulden gemacht haben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Ihre Koalitionsvereinbarung ist deshalb auch kein Neuanfang. Nach meiner Ansicht ist sie allenfalls Grundlage für eine Restabwicklung der Regierungsgeschäfte.

Nun will ich allerdings auch - das gehört zur Fairness dazu und ist auch die Wahrheit -

(Zuruf von der SPD: Fairness?)

sagen, dass in diesem Papier nicht nur Falsches steht. Es wäre ja auch erstaunlich, wenn auf 21 Seiten nur Falsches stünde.

Ich sage allerdings: Da, wo das Papier CDU-Überlegungen übernommen hat - Herr Moron hat ja gerade dankenswerterweise auch zugegeben, dass das in vielen Punkten geschehen ist -, werden wir natürlich nicht sagen, dass es falsch ist. Aber da, wo Sie Angst hatten, CDU-Forderungen zu übernehmen, reicht dieses Papier nicht aus. Da, wo Sie nicht den Mut hatten, Ihrer eigenen Partei etwas zuzumuten, reicht es bei weitem nicht. Deshalb ist Ihr Papier im Ganzen ein halbherziges Signal des "Weiter so".

Sie wollen Bürokratie abbauen? Herr Moron, dann tun Sie es doch konsequent. Nehmen Sie eine ganze Verwaltungsebene weg. Schaffen Sie die Regierungspräsidien ab,

(Beifall bei der CDU)

statt nur ihre Anzahl zu verkleinern. Das ist unser Vorschlag. Wenn Sie den staatlichen Verwaltungsapparat um 15 bis 20 % Verwaltungspersonal verkleinern wollen, dann kürzen Sie zusätzlich jedes Jahr 1,5 % Stellen in den Landesministerien. Die Kronzeugin sitzt da hinten, Frau Höhn - 10.000 zu viel!

Sagen Sie klar, wie viele zusätzliche Lehrerstellen Sie bis 2005/2006 schaffen wollen, um eine verlässliche Unterrichtsversorgung zu garantieren.

Wenn Sie den Investitionsstau beim Straßenbau in NRW beseitigen wollen, warum haben Sie dann im Bundesverkehrswegeplan nicht einmal die Hälfte der zusätzlich geforderten Investitionssumme von 859 Millionen € für das Land durchsetzen können?

Und wenn Sie nach dem Scheitern des Metrorapid die Zusage des Bundes für eine sinnvolle neue S-Bahn-Trasse haben, dann sagen Sie uns doch bitte einmal, aus welchen Bundestöpfen das Geld kommt.

Da lese ich in der "Westfälischen Rundschau": "Bundestag: Kein Geld für Super-Metro - Platzen Träume von Express-S-Bahn?" - Ja, was ist denn los? Sie haben uns doch gerade gesagt, das Geld sei da. Im neuen Bundeshaushalt wird aber kein Euro zur Verfügung stehen. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sagt: Das kommt gar nicht infrage, denn dann wollen alle mehr.

Nicht nur bei der Steinkohle, sondern anscheinend auch bei der Metro-S-Bahn gilt: Das Ganze steht auf tönernen Füßen; es gibt nichts Konkretes. Sie haben versucht, sich aus der Misere zu retten, indem Sie da irgendetwas hineingeschrieben haben, ohne dass das Ganze einen konkreten Unterbau hat. Das zeigt dieser Artikel.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich: Ihr Papier ist zum größten Teil Politprosa. Sie versprechen etwas, ohne es zu konkretisieren. Herr Steinbrück, daran ist nichts hanseatisch Klares. Sie geben keinen Zeitplan, Sie geben keinen Umsetzungsplan, nichts ist kontrollierbar; das macht Ihr Papier über weite Strecken beliebig. Deshalb ist es übrigens auch nicht spannend, sondern reiht sich in die ziel- und konzeptionslose Politik vor dem Krach bruchlos ein.

Was also bleibt? Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen einen wirklichen Politikwechsel, einen Neuanfang, und wir brauchen ihn schnell. Herr Steinbrück, Sie haben Ihr ganzes Gewicht als Ministerpräsident in das Gelingen dieses Politikwechsels gelegt. Das "Düsseldorfer Signal" zeigt, dass Sie mit Ihrem Plan gescheitert sind.

Wir in NRW wollen aber endlich wieder stolz auf unser Land sein. Wir in NRW wollen endlich wieder eine Politik haben, die nachvollziehbar ist. Wir in NRW wollen endlich wieder einen Ministerpräsidenten, der sich auch durchsetzen kann. Wir in

NRW wollen einen Neuanfang, damit es im Land wieder aufwärts geht.

Herr Steinbrück, heute steht bei den "Tagessprüchen für Schule" im Internet eine Weisheit der Dakota-Indianer, die besagt: "Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab."

(Beifall bei CDU und FDP)

Genau das kann man Ihnen nur empfehlen: Machen Sie Platz für einen Neuanfang. Dieses Land hat ihn verdient. Sie schaffen es nicht mehr.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Rüttgers. - Für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Kollege Dr. Wolf, das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Auslöser der Debatte soll der Nachtragshaushalt sein. Er tritt aber natürlich in den Hintergrund - trotz der einfalllosen Neuverschuldungsorgie von 1,8 Milliarden €, die natürlich betroffen macht. Betroffen machen selbstverständlich auch der Zustand unseres Landes und der Zustand der rot-grünen Regierungskoalition, auch nach dem "Düsseldorfer Signal", meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herr Steinbrück, ich möchte - das habe ich an dieser Stelle schon des Öfteren getan - Ihnen gegenüber meinen Respekt dafür bekunden, dass Sie uns - jedenfalls vor einigen Wochen - eine schonungslose Analyse der Lage unseres Landes dargeboten haben, die sich im Übrigen mit dem deckt, was die Opposition in diesem Land schon seit einigen Jahren sehr deutlich kritisiert. Ihre Defizitanalyse ist richtig. Das Land ist in einer mehr als schlechten Verfassung. Zur Wahrheit gehört aber dazu, dass das natürlich die Verantwortung von Rot-Grün ist. Diese Verantwortung sollte man in solchen Fällen auch nicht leugnen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist also nicht so, dass die Opposition das Land schlecht redet. Vielmehr wird es schlecht regiert. Jeden Tag gibt es eine neue Tatarenmeldung. Die Verschuldung steigt exorbitant. Ich nenne einmal den Bundeswert, der vor kurzem aus der Zeitung zu entnehmen war. Bundesweit steigt die Verschuldung mittlerweile um 2.241 € pro Sekunde. In wenigen Wochen gab es also eine beträchtliche Steigerung von ursprünglich 1.669 € pro Sekunde. Das muss man sich nur einmal einen Moment vor Augen führen.

Nordrhein-Westfalen ist natürlich ganz toll dabei. Wir steuern auf 100 Milliarden € zu. Allein seit 1995 ist die nordrhein-westfälische Verschuldung von 60 Milliarden auf diese 100 Milliarden € gestiegen. Das ist wahrhaft eine bemerkenswerte Leistung dieser Regierung.

Gleichzeitig gibt es Arbeitslosigkeitsmeldungen, Pleitewellen, Unterrichtsausfall und natürlich auch Kriminalitätssteigerungen. Man fragt sich nur, wo in diesem Land denn einmal eine gute Meldung ist. Da gab es natürlich durchaus eine gewisse Hoffnung, dass Sie Ihren Politikwechsel wirklich vornehmen und die grünen Bremsen beseitigen wollten, insbesondere Frau Höhn als Sinnbild für ein Investitionshindernis. Ich glaube, wer in Nordrhein-Westfalen etwas vorhat, wird allein durch diese Ökofilzbürokratie abgeschreckt, die Sie letztendlich aber nicht beseitigt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ihnen ist miserables Krisenmanagement vorzuzwerfen. Sie sind frisch gestartet, haben aber ein schlappes Finish hingelegt. Das reicht nicht, wenn man eine solche Krise zu bewältigen hat. Zum Schluss waren Sie von allen guten Geistern verlassen. Bei Ihrem Zickzack-Schleuderkurs hat Herr Schröder mit seiner Truppe Sie dann offensichtlich aus der Bahn geworfen. Das werden Sie - wie immer - vehement bestreiten. Ich glaube aber, dass der Ablauf eindeutig ist. Hier ist Berlin am Zügel gewesen und nicht Düsseldorf.

(Beifall bei der FDP)

Wie anders kann man es erklären, dass Sie am Ende der Krise eine geradezu panikartige Metro-rapid-Aufgabe vorgenommen haben? Sie rechtfertigen das damit, dass es besser gewesen sei, als das in den allerletzten Sekunden des Abschlusses des Vertrages "Düsseldorfer Signal" zu machen. Ich sage: Die Wirkung ist letztendlich die gleiche. Dieser Abschied von einer Zukunftstechnologie geschah doch nur zur Gesichtswahrung, und zwar durch vorausgesagte Formelkompromisse.

Außerdem lässt das Papier eine zeitliche Stringenz für Reformvorhaben völlig vermissen, wie auch zum Schluss der Ausführungen von Herrn Dr. Rüttgers deutlich geworden ist. Es beschränkt sich wieder auf Ankündigungsrhetorik.

Sie sind wie Don Quijote gegen Windmühlenflügel angelaufen. Sie haben verzweifelt gekämpft, sind aber leider in der siebten Runde k. o. gegangen und mussten - und das ist für die FDP-Fraktion wirklich ein Drama - die Zukunftstechnologie Metrorapid, die Magnetschwebetechnik, auf dem Altar der Koalitionsraison opfern und in Ihrem Gedan-

kengut durch ein virtuelles Berliner Geschenk gegenfinanzieren.

Das ist ganz deutlich eine Kapitulation vor der Lobby der Rad-Schiene-Technik.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Sie befördern Arbeitsplatzverluste in Nordrhein-Westfalen und den Ausverkauf der restlichen Metrorapid- oder Transrapidpatente von 60 %, die noch da sein sollen. Das alles wird aus unserem Land entschwinden. Mich befällt so eine leise Ahnung: Wenn der Transrapid in Bayern gebaut ist, werden wir anschließend eine ähnliche Nord-Süd-Gefälle-Diskussion wie bei PISA bekommen. Die südlichen Länder werden uns wiederum voraus sein, und wir stehen hinten an. Das zeigt, dass Sie das „Düsseldorfer Signal“ in der Tat eher als Notruf für 2005 oder als leise Pausenklingel geplant haben.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich haben Sie auf ihrem Parteitag „Rot pur“ ausgerufen. Es ist klar, dass man sich auf Parteitagen auch etwas stärker positioniert. Aber das, was Sie dort vorgegeben haben, ist so gift-grün-gemischt zurückgekommen, dass Sie sich das vorhalten lassen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Man sieht, dass die geschätzte Frau Höhn Ihr Papier offensichtlich mit dem Rotstift korrigiert hat. Etwas flapsig kann man es so umschreiben: EU-Wettbewerbsverzerrungen 1:1 umsetzen. Dieses Motto ist in Ihrem Papier jetzt wieder eindeutig enthalten. Denn es gibt keine klare Positionierung zur Rückführung von Windkraftsubventionen. Ich nenne das Stichwort EEG. Das ist für Sie, Herr Vesper, natürlich ein Festgenuss, aber für uns ist das nach wie vor ein deutliches Signal für Politik gegen die Zukunft dieses Landes, gegen die Zukunft unserer Menschen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Dummes Zeug!)

Denn an dieser Stelle, Herr Rimmel - sind Sie schon wieder auf dem Tisch - verschwenden Sie Ressourcen,

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Da ist doch nichts dran!)

die wir in der Tat für Bildung einsetzen könnten, und quälen dafür an der anderen Stelle die Beamten. Das ist der Unterschied zwischen uns: Wir machen Politik für die Menschen, Sie machen sie gegen die Menschen.

(Beifall bei der FDP - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Was wollt Ihr denn?)

Die Koalition ist gerettet, aber um welchen Preis? Eine ordentliche Portion Berliner Luft in Dosen – das ist das, was Sie bekommen haben. Eine Einlösungsgarantie steht nicht dahinter. Metro-S-Bahn, Kohlesubventionen, Autobahnen – alles sind Luftnummern, die vom Berliner Wohlgefallen abhängen, die davon abhängen, ob das in Berlin denn dann noch gewollt ist.

Wenn man Ihnen das alles vorhält, Herr Steinbrück, erwidern Sie: Die Opposition will immer direkt Hosenträger und doppelte Nähte. Ich sage: Ein bisschen mehr Sicherheit hätte ich schon gerne. Und der Fortbestand von Rot-Grün in NRW – politisch gekauft durch Berlin – ist ein verheerendes Signal, meine Damen und Herren.

Ich möchte, dass wir hier die Politik bestimmen, dass wir das Heft des Handelns in der Hand haben und dass wir nicht davon abhängig sind, dass nun plötzlich Mittel umgewidmet werden.

Das Stichwort Metro-S-Bahn habe ich schon genannt. Das ist doch in der Tat eine Luftnummer. Kein Mensch kann uns definitiv erklären, woher das Geld kommen soll, und sie erhalten momentan auch Berliner Signale, die eindeutig dahin gehen, dass das Vorhaben gar nicht zu finanzieren ist. Dafür gibt es keine Haushaltsstellen.

Ich füge, weil wir alle wissen, wie Landesregierungen um Töpfe kämpfen, hinzu: Wenn das Fass vonseiten Berlins aufgemacht wird, dann freue ich mich schon auf die Verteilungskämpfe zwischen den 16 Bundesländern. Dabei wünsche ich Ihnen viel Spaß. - Also auch hier nur wieder eine vage Hoffnung für die Zukunft!

Das Gleiche gilt für die Kapazitätserweiterungen auf Flughäfen. Die Grünen haben sich nur auf äußerst zarte Zusagen eingelassen. Ich bin einmal gespannt, wann sie eingelöst werden.

Und dann der Berliner Autobahntrick: Was ist mit den N-Vermerken? Es ist zu lesen, dass sie noch gar nicht weg wären! Naturschutzfachliche Belange wird Frau Höhn bis zum Umfallen, natürlich subkutan, heimlich immer wieder einbringen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß!

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Autobahnen jetzt. Ich möchte, dass die Menschen auf der A 1 nach Luxemburg fahren können, und das in überschaubarer Zeit und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Energiepolitik - Sie haben es von Herrn Moron gehört – ist ja offensichtlich der große Hit. Metro-rapid gegen Kohle – ein Tausch von Zukunft gegen Vergangenheit. Der Bund übernimmt auch hier virtuelle 420 Millionen €. Ich bin einmal gespannt, ob derjenige, der es heute verspricht, noch im Amt ist, wenn das Ganze eingelöst werden muss. Wir stellen uns jedenfalls einen Aufbruch anders vor, und zwar nicht durch ein Subventionitissignal für ganz Deutschland, nicht durch das Ausschütten weiterer Subventionen, sondern wir wollen – das wissen Sie - die Subventionen stark kürzen.

(Beifall bei der FDP)

Beim Stichwort Bildung und Schule haben wir jetzt gelernt: Es geht voran. Die BASS soll entschlackt werden. - Mein lieber Herr Moron, das Ding ist so alt, wie der Bart des Methusalem lang ist. Sie fordern die Abschaffung oder Entschlackung der BASS. Ja, tun Sie es doch!

(Beifall bei der FDP)

Warum hat es für diese Forderung erst quälender Prozesse über sechs bis sieben Wochen bedurft? Jeder, der sich mit Schulpolitik auskennt, weiß das doch.

Zur Selbstständigkeit der Schulen frage ich Sie: Warum haben Sie bisher nur rot-grüne Scheinselbstständigkeit zugelassen? Fragen Sie doch einmal vor Ort, wer dieses Selbstständigkeitssignal bisher aufgenommen hat. Man muss handeln und nicht reden.

Da gilt genauso für das Abitur nach zwölf Jahren. Das stand schon einmal etwas stärker in dem Rohentwurf des „Düsseldorfer Signals“. Zum Schluss kommt natürlich die grüne Löhrmann-Soße darüber: am liebsten doch 13 Jahre!

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben das immer noch nicht verstanden!)

Seit 2000 hat Ihr System nicht einmal 5 % der Gymnasien dazu bewegt, das Turboabitur einzuführen. Das ist Schnecken-tempo, und das werden Sie auch beibehalten. Wir fordern die Entscheidung jetzt, damit es im nächsten Jahr losgehen kann und es nicht wieder eine Verschiebung in die Zukunft gibt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Gehen Sie mal nach Hamburg!)

- Frau Löhrmann, gehen Sie nach Finnland und machen Sie dort Ihren PISA-Unterricht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir wollen den PISA-Unterricht hier haben!)

- Wir orientieren uns an den Umfragen, die besagen, dass es auch mit anderen Systemen geht. Sie können nicht ein kleines und sehr dünn besiedeltes Land mit unserem dicht besiedelten Flächenstaat vergleichen. Das wird Sie aber wahrscheinlich niemals richtig beeindrucken.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns zu dem kommen, was Sie als Erfolg feiern - Herr Moron hat es heute Morgen auch verkündet -: Die Verwaltungsmodernisierung wird jetzt eingeleitet! Auch wir freuen uns natürlich darüber; denn das ist in der Tendenz absolut richtig. Sie bleiben aber weitestgehend wieder in der Ankündigungsrhetorik stecken. Sie wollten den Öko-Verwaltungsfilz bei Frau Höhn beseitigen und 5.500 Stellen aus ihrem Einflussbereich nehmen. Das wäre was gewesen; das gebe ich zu. Das hätte mir Spaß gemacht. Und es wäre ein Signal für dieses Land gewesen, dass nicht länger Blockade regiert.

Natürlich sind 15 bis 20 % Personalabbau richtig. Nur frage ich mich, wo das denn in der Vergangenheit umgesetzt worden ist. Sie haben es nicht einmal geschafft, die kw-Vermerke abzarbeiten, die Sie hier selber ausgebracht haben. Und dann muss ich natürlich auch fragen: Wie verhält sich diese Ankündigung zu Ihrem der Opposition gegenüber immer wieder vorgebrachten Einwand, das ginge alles nicht? Jetzt wollen Sie auf einmal mit einem martialischen Signal - Reduktion der Bezirksregierungen von fünf auf drei - den Durchbruch schaffen.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Der Wegfall von zwei Behördenstandorten ersetzt doch keine Entbürokratisierungsstrategie. Das ist doch einfach irre!

(Beifall bei der FDP)

Im Gegenteil lösen Sie eine Geisterdebatte aus: Münster gegen Bielefeld, Detmold gegen Arn-sberg, alle gegen alle. Glauben Sie denn wirklich, dass das für die Menschen im Land relevant ist? Wir brauchen eine Beschleunigung der öffentlichen Dienstleistungen, wir brauchen ein professionelles Management für die Bürger - ohne grüne Bremsen. Das heißt: zunächst Aufgabenkritik, Aufgabenwegfall und Privatisierung. Wegnahme von Verwaltungsebenen ist dann irgendwann das fernere Ziel. Aber erst müssen die Aufgaben kontrolliert werden, und dann kann man schauen, wer es macht.

(Beifall bei der FDP)

Dann noch eine Anmerkung zum verbleibenden Personal! Es soll ja weniger werden; das ist si-

cherlich auch ein Ziel der FDP. Aber das, was verbleibt, muss ordentlich behandelt werden.

Herr Moron, das lasse ich Ihnen nicht durchgehen: Sie gehen nicht an den öffentlichen Dienst heran, sondern machen die Beamten zu Sparopfern. Das muss man klar sagen. Sie setzen den Diskriminierungskurs gegenüber den Beamten im Vergleich zu BAT-Angestellten ungeniert fort. Das ist seit Jahren Ihr System, aber nicht unser System.

(Beifall bei der FDP)

Wenn der öffentliche Dienst Beiträge leisten muss, dann muss das im Gleichklang geschehen und kann nicht einseitig zulasten einer Gruppe gehen. Sie treiben den Spaltpilz in den öffentlichen Dienst. Jahr für Jahr machen Sie die Beamten zum Spielball der rot-grünen Haushaltsplanberatungen.

Wenn Sie dem Vorschlag folgen, der übrigens auch vom Beamtenbund vertreten wird und den wir sehr nachhaltig unterstützen - Umlegung von Sonderzuwendungen auf zwölf Monatsgehälter -, und dabei Abzinsungsvorteile für den Finanzminister herauskommen, ist das okay; das kann man einheitlich regeln. Es geht aber nicht an, den Leuten einseitig ins Portemonnaie zu greifen. Das werden wir nicht mittragen, das ist kein fairer Umgang mit den Mitarbeitern.

Fazit zum "Düsseldorfer Signal": grüne Mühlsteine nach wie vor um den Hals, Herr Steinbrück. Nicht existente Feldhamster sind wichtiger als Arbeitsplätze, Krötentunnel wichtiger als Autobahnen und Umgehungsstraßen. Wir werden dank Frau Höhn auf einem Rekordniveau bei Abfall- und Abwassertgebühren bleiben. Windräder werden weiterhin zum Greifen nah an Wohnhäuser gebaut. Hundebesitzer werden kujoniert durch ein exzessives Hundegesetz. Die Chance zum Neuanfang ist schlichtweg vertan zum Schaden unseres Landes.

Wir wollen etwas anderes.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die durchgreifenden Steuersenkungen, die jetzt nach einem Zickzackkurs auch von Ihnen mitgetragen werden. Wir wollen eine Infrastrukturstärkung, wir wollen weg vom staatlichen Konsum. Hinsichtlich der Einnahmendelle muss man sich bis zur Selbstfinanzierung etwas einfallen lassen. Wir haben immer gefordert: Subventionskürzungen von 20 %. Wir sind bei der Frage des Rasenmähers nicht weit von Ihnen entfernt, Herr Steinbrück. Wir wollen auch einen ehrlichen Abbau von Staatsaufgaben und nicht nur so tun, als ob. Und wir sind für Veräußerungen von Vermö-

gensbeteiligungen, bei denen sich beide großen Volksparteien auf Bundes- und auf Landesebene sehr schwer tun.

Das sind die Punkte, die wir Ihnen entgegensetzen. Wir sind sicher, dass dieses Land eine andere Politik verdient hat. Es ist ein Jammer, dass es nicht zu einem entsprechenden Wechsel durch Sie gekommen ist. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wolf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, wir haben gut gearbeitet. Was hat uns die Opposition heute geboten? – Sie hat sich an unserem Papier abgearbeitet, und insbesondere Sie, Herr Rüttgers, haben über Befindlichkeiten gesprochen; das haben Sie, wenn ich mich recht erinnere, noch vor einigen Wochen dem Ministerpräsidenten vorgeworfen.

Wir reden jetzt über Inhalte. Vor vier Wochen haben wir auf Ihren Antrag hin auch schon einmal über den Zustand der Regierungskoalition debattiert. Ich kann nahtlos an meine damaligen Worte anschließen: Kein Blick zurück im Zorn, sondern alle Kraft nach vorn!

(Beifall bei den GRÜNEN - Manfred Palmen [CDU]: Ihr habt ja auch gewonnen!)

Wir können den Menschen beweisen, dass wir die Modernisierung Nordrhein-Westfalens schaffen - mit ökologischem Weitblick, mit sozialem Augenmaß und in Verantwortung für unsere Kinder. Es gibt keine Konstellation im Bund und in NRW, die die Reformen besser gestalten könnte als Rot-Grün. Das war und ist meine Analyse, heute mehr denn je.

Ja, meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition hat einige harte Wochen hinter sich. Wenn es denn eine Krise gewesen sein soll – für einige mehr, für andere weniger -, dann hat sie auch ihr Gutes gehabt. Wir haben eine Menge Fragen geklärt.

Apropos Krise: In der chinesischen Schrift gibt es für die Begriffe "Krise" und "Chance" nur ein Zeichen. Beides gehört zusammen. Und wir haben das Beste daraus gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wie sagte schon Alt-Bundeskanzler Kohl? "Entscheidend ist, was hinten rauskommt!" Und da sind wir Grüne ganz zufrieden.

Wir haben uns als Regierungskoalition in einem sehr intensiven Prozess auf ein Signal für unser Land verständigt, ein Signal für Erneuerung und für Konzentration. Anfang Juni haben wir als Grüne wichtige Felder für die Modernisierung genannt. Die ökologische Modernisierung und die wirtschaftliche Dynamik gehören zusammen. Die Haushaltskonsolidierung und die Verwaltungsmodernisierung stehen an. Die Erneuerung unseres Bildungssystems und die soziale Verantwortung sind wichtige Elemente in Nordrhein-Westfalen. Auf diese Schwerpunkte hat sich die Koalition insgesamt verständigt.

Nun war ich gespannt, wie Sie reagieren, Herr Rüttgers, ob Sie sich der inhaltlichen Debatte stellen, ob Sie eigene Vorschläge machen. Das, was Sie geboten haben, war heute weitgehend Fehlangeige. Ihre Kritik war destruktiv und auf der persönlichen Ebene.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zu den Zielen und Vorschlägen des "Düsseldorfer Signals" haben Sie auch heute nur sehr wenig gesagt. Lieber Herr Rüttgers, immer nur Herummaulen ist auf die Dauer zu wenig und dient nicht dem Land. Leiten Sie doch einmal einen Klärungsprozess in Ihren eigenen Reihen ein! Was sagt denn Herr Twenhöven zu Ihren Vorschlägen zur Verwaltungsreform? Was sagt denn Herr Wittke zu Ihrem Kahlschlag bei den Gemeindefinanzen? Der CDU-Oberbürgermeister aus meiner Heimatstadt Solingen zumindest hält nichts von der Abschaffung der Gewerbesteuer, und auch in Sachen Schulreform sind Ihre Praktiker vor Ort sehr viel weiter als Sie hier im Landtag, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das gleiche Bild bieten Sie in diesen Wochen auch in der Haushaltspolitik – im Land wie im Bund. Die Union ist zerstritten, führungslos und nicht gewillt, zur Lösung der anstehenden Aufgaben beizutragen. Ihr Verständnis von Opposition heißt Verweigerung. Der Machtkampf zwischen Frau Merkel auf der einen und den Herren Merz und Koch auf der anderen Seite zeigt deutlich: In der Union wird nicht um Konzepte und Ideen gestritten, sondern nur um die eigene Macht. Was die Union wirklich will, weiß niemand. Drei von der CDU – vier Meinungen! Aber allen gemeinsam ist: Sie streuen den Menschen Sand in die Augen – hier in Düsseldorf und in Berlin.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie wollen zwar die Früchte immer miternten, aber die Ackerarbeit, die dafür auch notwendig ist, wollen Sie nicht machen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie können nicht immer nur Steuerentlastungen fordern, ohne zu sagen, wo die Finanzierung herkommen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Kärnerarbeit leisten wir, und wir machen uns natürlich nicht nur Freundinnen und Freunde mit den Maßnahmen, die wir aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen durchführen müssen. Allein der Kernhaushalt des Landes übersteigt, auch wenn alle Förderprogramme auf null gesetzt werden, die Verfassungsgrenze um 1,6 Milliarden €. Wir stehen also vor einem sehr schwierigen Konsolidierungsprozess.

Mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen geben wir für Personal aus – mit steigender Tendenz. Die Personalausgaben dauerhaft zu reduzieren, bedarf nachhaltiger Strukturveränderungen und einer konsequenten Aufgabenkritik. Darüber hinaus müssen auch die Beschäftigten einen Beitrag leisten; Edgar Moron hat die Maßnahmen genannt. Dabei wollen wir – auch das ist wichtig zu sagen – eine soziale Komponente für die unteren Einkommen einführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Mitglieder des Kabinetts werden durch ein Einfrieren der Bezüge auf dem Stand von 2002 ihren Beitrag leisten, und wir Abgeordnete sollten das auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen auch auf Bundesebene mehr Spielraum für die Länder und Kommunen schaffen. Deshalb müssen wir die Steuersubventionen radikal abbauen, z. B. bei der Eigenheimzulage, bei der Entfernungspauschale. Frau Müller hat das gestern ausführlich dargelegt. Da waren Sie alle nicht da und haben den armen Herrn Diegel hier im Regen stehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Dabei lassen wir Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht aus der Verantwortung. Sie müssen schon die Hand zum Schwur heben, ob Sie diese ökologisch kontraproduktiven und auch ungerechten Subventionen streichen wollen oder ob Sie sich aus durchsichtigen taktischen

Gesichtspunkten mal wieder einen schlanken Fuß machen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen; das ist destruktiv und Fundamentalopposition!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir arbeiten konstruktiv, an der Sache orientiert, und wir arbeiten beharrlich, z. B. bei der ökologischen Modernisierung. Ja, wir bekennen uns zur Vision einer nachhaltigen Entwicklung für NRW, in der wirtschaftliche Leistungskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbunden ist. Das ist eine Erfolgsformel gerade für kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für Schlüsselindustrien, die Kraftwerkslandschaft, die Infrastruktur und die Verkehrsträger.

Die Absenkung der Steinkohlesubventionen in NRW um 40 Millionen € pro Jahr ist ein wichtiger Schritt. Damit reduzieren wir die Landesausgaben für die Steinkohle um deutlich mehr als die Hälfte. Das ist außerordentlich viel, wenn man weiß, dass der NRW-Anteil seit 1998 konstant bei 511 Millionen € gehalten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist für unseren Landeshaushalt ein hervorragender Kompromiss,

(Beifall bei den GRÜNEN - Bravo!-Rufe von den GRÜNEN)

und es ist gut für unser Land, dass sich die SPD zu diesem Schritt entschlossen hat.

Es ist nämlich ein entscheidender Unterschied, Herr Rüttgers, ob man das in der Opposition nur hier verkündet und aufs Papier schreibt oder ob man das in tatsächliche Politik umsetzt. Da sollten Sie vor der SPD den Hut ziehen statt hier so zu tun, als könnten Sie das besser!

(Beifall bei den GRÜNEN - Bravo!-Rufe von den GRÜNEN)

In dem Zusammenhang gestatten Sie mir eine kleine Anmerkung mit Blick auf die "gelbe Truppe" hier im Haus. So schnell, wie Sie insbesondere in der Kohlepolitik lavieren, kann man gar nicht gucken. In dieser Legislaturperiode haben Sie zur Steinkohle schon fast jede Position eingenommen. Einmal wollten Sie binnen Monatsfrist alle Bergleute auf die Straße setzen, und vor zwei Wochen, Herr Wolf, waren Sie ganz im Gegenteil noch bereit, für ein paar Ministerposten jede Kohlesubvention mitzumachen. Ja, genau das haben Sie doch in der Presse erklärt.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es fehlt nur noch, dass Sie uns ein Plädoyer für die Verdoppelung der Steinkohlesubventionen vortragen. Da bleibt mir nur zu wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Glück auf!

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist das! - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Ich kann mir vorstellen, wie Ihre Schüler sind; Sie können noch nicht einmal lesen!)

Herr Dr. Wolf, meine Damen und Herren, die Entscheidung zum Metrorapid schafft Klarheit und Raum für die notwendigen Maßnahmen für die Verkehrsinfrastruktur im Ruhrgebiet. Es war gut, das absehbar nicht finanzierbare und nicht wirtschaftlich zu betreibende Projekt zu beenden. Jetzt ist der Weg frei für notwendige Umbauarbeiten in den Ruhrgebietsbahnhöfen und die Planung einer Metro-S-Bahn, eines Metro-Express, als Ersatz. Das ist mehr als der berühmte Spatz in der Hand.

Herr Rüttgers, Sie haben auch hier meines Erachtens keinen Grund zu Hochmut. Wenn schon der Metrorapid finanz- und wirtschaftspolitisch nicht darstellbar ist, dann gilt das dreimal mehr für Ihre Amsterdamer Variante. Mehr Kilometer, weniger Menschen, wer hätte denn das bezahlen sollen, Herr Rüttgers?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der äußere Aufbau unserer Landesbehörden ist nicht mehr zeitgemäß. Wir haben teilweise Doppelzuständigkeiten und einen mehrstufigen Aufbau. Oft vermischen sich kommunale und staatliche Aufgaben. Das ist nicht attraktiv für die Bürgerinnen und Bürger, das ist teils frustrierend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und es bindet Ressourcen. Wir wollen eine Verwaltung schaffen, die Dienstleistungen unbürokratisch und kundenorientiert aus einer Hand bietet. Wir wollen die Schnittstellen innerhalb der staatlichen Verwaltung optimal gestalten und Behörden mit einer effizienten Größe und Binnenstruktur schaffen. Das ist eine Herkulesaufgabe, aber wir wollen sie beherzt anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb werden wir alle Programme und Aufgaben überprüfen und soweit wie möglich abgeben oder konzentrieren; wir wollen Aufgaben dezentralisieren und kommunalisieren. Wir reformieren und straffen die Landesbehörden, und wir wollen eine einheitliche Mittelebene mit drei Regierungsbezirken und drei überörtlichen Kommunalverbänden, Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiet, schaffen. Für mich ist es zu früh, hier über Standorte zu sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Oho!)

Aber diese Regionen zu schaffen, ist übrigens auch mit Blick auf die Europäische Union und die Akquirierung von Förderprogrammen ein sinnvoller Schritt, weil wir auch für die Europäische Union klare, wahrnehmbare Regionen schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem bleiben natürlich die spezifischen Identitäten von Sieger- und Sauerländern, von Niederrheinnerinnen, Bergischen, Lipperinnen, Münsterländern und der vielen anderen Menschen in Nordrhein-Westfalen erhalten.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Wir haben auch Rheinland!)

Wer Bürokratieabbau fordert und Personalkosten sparen will, muss sich dieser Aufgabe annehmen. Ich appelliere an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, fallen Sie jetzt nicht, da es Ernst wird, hinter Ihre Ankündigung zurück! Arbeiten Sie konstruktiv an dieser Reform mit! Sie sind sonst die Blockierer!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zentrale Thema und der Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Bildungspolitik. Bildung hat für unsere Koalition Priorität. Das Erreichen von Spitzenleistungen und der Ausbau von Chancengleichheit gehören zusammen. In unseren Schulen muss sich eine Kultur des Förderns entwickeln, die die Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen als Chance begreift und Defizite nicht bestraft, sondern als Ausgangspunkt für gezielte Fördermaßnahmen nimmt. Der Weg zu mehr Leistung führt über eine Individualisierung der Lernprozesse und die Flexibilisierung der Lernzeiten. Wir wollen, dass unsere Schulen Verantwortung für den Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler übernehmen. Ich nenne nur die Stichworte "Sicherung der Unterrichtsversorgung", "Selbstständigkeit von Schulen", "Entbürokratisierung", "Reform der Schulaufsicht", "Ausbau der offenen Ganztagschule", "schnellere Bildungsgänge", "Ausbau von Förderangeboten".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann sich sehen lassen, das ist bundesweit Spitze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anders als in den konservativ regierten Bundesländern werden bei uns nicht die Instrumente zum Ziel - so ist es nämlich bei Ihnen -, sondern sie sind in eine bildungspolitische Grundphilosophie

eingebettet, die da lautet: Wir wollen mehr Leistung durch Fördern statt Aussortieren.

(Zurufe von der CDU)

Das gebieten die empirischen Ergebnisse der internationalen Bildungsstudie, die wir, anders als die Opposition, nicht mit ideologischen Scheuklappen analysieren und die Ausgangspunkte für weitere Reformen unseres Bildungssystems sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Edgar Moron hat das eben so super gesagt; das brauche ich hier gar nicht weiter auszuführen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, die Zeiten sind nicht gerade rosig, und es gibt nicht wenige in der Opposition, die angesichts der leeren Kassen und der erheblichen Strukturprobleme ganz froh sind, nicht selbst in der Verantwortung zu stehen, sondern uns die harte Arbeit überlassen zu können.

Ich will schließen mit einem Zitat von Philipp Rosenthal: "Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein." Und wir wollen hier gemeinsam noch besser werden - für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerpräsident Steinbrück.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rüttgers, ich hätte mir eine bezogen auf die Probleme dieses Landes etwas angemessenere Rede gewünscht als nur eine, die aus Plattitüden besteht, wo eigentlich nur abgeschrieben worden ist, was über mich oder über die Situation in den letzten Wochen und Monaten auch in den Zeitungen gestanden hat.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das ist so falsch nicht gewesen!)

- Ja, das war so eine Zettelkastenrede mit all den Begriffen, die schon gefallen sind, die wir drei- oder viermal gelesen haben. Etwas mehr Originalität hätte Ihnen in diesem Zusammenhang ganz gut getan.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Man hat den Eindruck, dass da jemand mit Schere und Klebstoff zugange gewesen ist, um das alles zu wiederholen, was wir schon mehrmals gehört haben.

(Zurufe von der CDU)

Das einzig Originelle, was ich bei Ihnen gehört habe, ist, dass das nicht ein Düsseldorfer Signal, sondern eine Düsseldorfer Kapitulation ist. Das ist eine typisch politische Wortschöpfung in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition, von der ich glaube, dass sie die Ohren der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erreicht. Diese wollen vielmehr wissen, was unser inhaltliches Profil und was Ihr inhaltliches Profil ist.

Deshalb gehen Sie, wenn Sie auf Prosa zu sprechen kommen, aufs Glatteis. Denn was Sie zu den zentralen Fragen dieses Landes auch in den letzten Wochen vorgetragen haben, war entweder gar nichts oder es war etwa in dem Stil Ihres Interviews im "Rheinischen Merkur" vom 3. Juli dieses Jahres. "Womit will sich die CDU bis zur Wahl 2005 stellen oder auf sich aufmerksam machen?", lautete die Eingangsfrage. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, weil das wirklich beeindruckend ist.

Vier Punkte: "Wir brauchen eine Politik für Wachstum und mehr Beschäftigung." Donnerwetter! Das ist so abstrakt, dass man sich sagt: Was verbirgt sich denn dahinter, was wollen Sie denn, was machen Sie denn? Versuchen Sie, den Menschen dieses Landes einzureden, es gäbe quasi einen Schraubenzieher, und Sie wüssten, wo dieser versteckt liegt, und es gäbe eine bestimmte Schraube, und dann kriegten Sie das alles in Ordnung?

Oder die nächste Aussage: "Dabei müssen vor allem die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden."

(Zurufe von der SPD)

Donnerwetter! Auf diese Idee wären wir als Regierung nie gekommen, wenn Sie das nicht gesagt hätten!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Daran arbeiten wir auch gern.

Oder: "Wir brauchen eine große Bildungsreform." Donnerwetter! Dabei glaube ich, dass es einige Stellen gibt, wo man sich näher kommen könnte, auch mit Blick auf das von Ihnen ja so gegeißelte "Düsseldorfer Signal".

Aber noch besser werden Sie im letzten Punkt, wo Sie die sehr inhaltsschwangere Aussage machen: "Und wir brauchen mehr Mobilität in Nordrhein-Westfalen." Das hat mir die Beine weggerissen. Wenn Sie sagen, das was wir auf diesen 20 Seiten vorgelegt haben - den einen ist das zu we-

nig, den anderen ist das zuviel -, sei Prosa, dann würde ich gern von Ihnen einmal von dieser Stelle ein Gegenprofil hören, das annähernd so konkret wie das ist, was wir jetzt mit dem "Düsseldorfer Signal" vorgelegt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben über die letzten Monate, eigentlich seit Beginn dieses Jahres, in diesem Land inhaltlich so gut wie nichts geboten, sondern Sie leben von zwei Faktoren. Das kann ich auch nachvollziehen. Aber das reicht nicht, um sich als Opposition aufzustellen, insbesondere wenn Sie auf meinen Stuhl wollen. Dazu gehört mehr an inhaltlicher Aussage und weniger an Plattitüden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie leben von einer bundesweiten politischen Stimmungslage, in der meine Partei nicht gut aufgestellt ist. Sie werden im Augenblick deutlich nervöser, weil wir wieder unter Grund unter die Füße kriegen. Ich sage Ihnen voraus: In drei oder vier Monaten sieht das ganz anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie leben von einer von mir auch vorgetragenen ungeschminkten Analyse über unsere Aufstellung und Konstitution in Nordrhein-Westfalen. Aber wenn Sie dann offen oder versteckt dazu auffordern, es solle zu einem Wechsel kommen, indem Sie auf meinen Stuhl möchten, dann spitzen Sie nicht weiter die Lippen, sondern dann pfeifen Sie und stellen Sie einen Antrag auf Neuwahlen zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Machen Sie das! Seit sechs Monaten laufen Sie mit dieser Version herum. Machen Sie das nicht auch im siebten Monat, sondern kommen Sie hier herein, von mir aus auch in einer Sondersitzung, zelebrieren Sie es grandios, bringen Sie einen Antrag ein, der hier zur Abstimmung gestellt wird. Aber ansonsten hören Sie bitte auf, darüber zu reden. Machen Sie vernünftige Oppositionspolitik und versuchen Sie nicht, sich da irgendwie durchzuwinden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese Möglichkeit haben Sie nach unseren parlamentarischen Spielregeln. Machen Sie davon Gebrauch. Ich fordere Sie dazu auf.

Ich bleibe dabei, Herr Rüttgers - auch wenn ich weiß, dass es in der Küche heiß ist und man sich nicht wundern darf, wenn einem dort die Flügel etwas anschmurgeln können oder man gebebe-

nenfalls auch ein paar Kratzer abbekommt -, dass wir einen neuen Politikstil in Deutschland brauchen, in Deutschland genauso wie in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, wir müssen darauf achten, dass Politik keine Spaßveranstaltung ist, sondern ein sehr ernsthaftes Geschäft, dass Politik stärker ein begründetes Arbeitsethos braucht, dass wir aufpassen müssen, dass wir dieses Blasenvokabular und diese Plattitüden vermeiden, dass wir herauskommen aus diesen rituellen Auseinandersetzungen, aus denen die Bürgerinnen und Bürger, wie ich glaube, längst einen Teil Ihrer Verdrossenheit beziehen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass wir auch schnörkelloser sein müssen und dass wir auch zu Selbstkritik und zu Korrekturen fähig sein müssen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Erfahrung dieser letzten sechs Wochen, in den Begegnungen, die ich mit den Menschen dieses Landes gehabt habe, war nicht, dass sie mir übel genommen haben, an der einen oder anderen Stelle Korrekturen oder Revisionen vorzunehmen. Sie haben mir auch eine relativ offene, für das politische Handeln eher ungewöhnliche Analyse meiner eigenen politischen Position oder der Aufstellung meiner Partei nicht übel genommen. Im Gegenteil. Einige haben gesagt: Ja, das erwarten wir eigentlich von Politikern. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es auch der CDU von Zeit zu Zeit ganz gut täte, selber so etwas vorzunehmen und dabei Positionen zu überwinden, die einfach nicht mehr zeitgemäß sind, z. B. bei dem Thema der Ganztagsbetreuung, um nur ein Beispiel zu nennen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für jemanden, der mit seiner Partei gemeinsam Europawahlen, Kommunalwahlen und Landtagswahlen gewinnen will - das ist ja legitim -, muss es selbstverständlich sein, dass er auch seiner eigenen Partei ein Bild macht, wie er die Verhältnisse sieht. Dies habe ich zu tun versucht, und zwar auch auf die Gefahr hin, dass dabei die eigene Parteibasis höhere Temperaturen bekommt und Sie eine Reihe von Stichworten erhalten, die Sie gegen mich umzumünzen und zu instrumentalisieren versuchen.

Ich bin nach wie vor bereit, dies zu tun, weil nach meiner Meinung nur so dem Veränderungsbedarf Rechnung getragen werden kann. Ich rate Ihnen, Herr Rüttgers: Frohlocken Sie dabei nicht über die internen Debatten in meiner Partei.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Debatten im Präsidium, gestern im Parteirat und sicherlich auch auf dem Bochumer Parteitag die SPD insgesamt eher stärken als schwächen - auch deshalb, weil wir in der Lage sind, über diese Debatten neue Inhalte aufzugreifen.

(Beifall bei der SPD)

Meiner Meinung nach können diejenigen Politiker den höchsten Respekt oder zumindest eine gewisse Anerkennung auch von denjenigen, die parteipolitisch nicht von vornherein gebunden sind, erwarten, die zu Gratwanderungen bereit sind und sich auch mit Meinungen und Positionen exponieren, mit denen sie Kurskorrekturen hinbekommen. Diesen Politikern wird Respekt und Anerkennung gezollt, weil sie sich mit ihrer Kraft für solche Korrekturen einsetzen. Ich sehe zu wenige Gratwanderer in der Politik. Ich sehe zu viele klassisch parteipolitisch Besessene in der Politik.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Manfred
Palmen [CDU])

- Ja, Herr Palmes, Ihre Zwischenrufe lassen manchmal darauf schließen, dass Sie in Ihrem eigenen Mief ziemlich verhaftet sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ihre Krokodilstränen über die Situation der SPD bzw. über den meiner Meinung nach geglückten, nicht als gescheitert anzusehenden Versuch, meiner eigenen Partei ein Bild zu machen - natürlich nicht ihrer Interessenslage entsprechend -, sind absolut ungläubwürdig.

Das Beste, was Ihnen hätte passieren können, wäre gewesen, dass diese Koalition wie in den ersten vier, fünf Monaten dieses Jahres weitergemacht hätte. Dann hätten Sie sich zurücklehnen und die hohe Wahrscheinlichkeit in die Scheuer fahren können, dass Sie die Landtagswahlen gewinnen können.

Dies wäre aus meiner Sicht undenkbar gewesen. Also durfte ich das so nicht treiben lassen. Deshalb habe ich den Versuch unternommen, einen Politikwechsel zu vollziehen, um einen Koalitionswechsel zu vermeiden. Ich glaube, dass das richtig gewesen ist.

Die sieben Verhandlungsrunden, die wir geführt haben, waren vom Ringen um manche Position geprägt. Sie waren ein Indiz dafür, dass dieser Klärungsprozess notwendig war; denn sonst hätten wir das in 24 Stunden erledigen können. Die Atmosphäre habe ich als angenehm, als sachlich und als sehr kollegial empfunden.

Ich bin mir ganz sicher, dass über diesen Klärungsprozess und über diese sieben Verhandlungsrunden die Koalition gestärkt wurde, weil uns ein „Weiter so!“ im Sinne von weiteren Konfliktfeldern, die uns alle drei bis vier Wochen erwischen, vermieden werden konnte. Wir haben ein neues Gefäß gefunden. Wir haben ein Drehbuch für einen störungsfreieren oder - wie ich hoffe - sogar störungsfreien Betrieb, und zwar mindestens so lange, wie wir gemeinsam das politische Mandat in diesem Land haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir mussten Regierungsfähigkeit zurückgewinnen. Ich kann mir gut vorstellen, dass sich das aus Ihrer Sicht anders darstellt. Aber ich scheue mich nicht zu sagen - und damit bin ich auch öffentlich angetreten -, dass wir aus dem Verdacht heraus mussten, wir könnten eine Verhinderungscoalition sein. Wir mussten wieder in das Format hineinwachsen, eine Gestaltungscoalition zu sein, die die Probleme dieses Landes aufnimmt und löst.

Dass das sechs Wochen lang spekulativ und in manchen verzerrten Bildern etwas gewesen ist, was Kotflügel verletzt hat und in der Erscheinungsform nicht immer sehr angenehm war, nehme ich um den Preis in Kauf, der in meinen Augen dafür zu zahlen ist, dass wir für den Rest der Legislaturperiode die zentralen Fragen dieses Landes aufnehmen und lösen und inhaltliche Angebote machen können.

Ich bin so lange beruhigt und sicher, dass wir dabei erfolgreich sein können, Herr Rüttgers, solange Ihre Fraktion in den inhaltlichen Angeboten weiterhin so dünn und so widersprüchlich wie bisher bleibt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In einer solchen Situation ist es auch angebracht gewesen, einiges abzuräumen. Das habe ich unter dem Begriff der Klarheit verstanden.

Ich bin es selber gewesen, der eine solche Korrektur bzw. Revision in Sachen Metrorapid durchgeführt hat. Das hat mir niemand abverhandelt. Das hat mir niemand in Berlin vorgeschrieben. Es gibt vielmehr eine Reihe von Faktoren, auf die man sich einlassen und die man abwägen muss. Dann kommt man gegebenenfalls zu dem Ergebnis, dass Politik korrekturfähig ist.

(Manfred Palmén [CDU]: Warum dann erst jetzt?)

- Das will ich Ihnen zu schildern versuchen.

Mindestens bis weit in die ersten Monate dieses Jahres sah es so aus, als ob wir die deutsche Industrie in eine Infrastrukturgesellschaft, in eine Projektstruktur hätten hineinbringen können, in der sie mit einem eigenen Obligo bereit gewesen wäre, ein solches Projekt zu realisieren. Bis hin zu den Bemühungen weit in den März hinein über einen entsprechenden Finanzdienstleister, den wir ausgeguckt hatten, sah es so aus, als ob wir zu einer Konstruktion hätten kommen können, die dazu geführt hätte, dass die Haushaltsrisiken für Bund und Land minimiert oder weitestgehend hätten ausgeschlossen werden können.

Wir haben bis weit in den März und April hinein in den Gesprächen mit der DB AG herauszubekommen versucht, auf welche Akzeptanz dieses Projekt bei dem Betreiber gestoßen ist, der nach Lage der Dinge als Einziger dafür infrage kam. Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass bei diesen Rahmenbedingungen, einem potenziellen Betreiber, der ein konkurrierendes System zur Rad-Schiene-Technik jedenfalls nicht vordringlich möchte, bei der Tatsache, dass ich eine Infrastrukturgesellschaft mit Gesellschaftern wollte, die nicht öffentlich-rechtlich sind, bei einer ausgesprochenen Zurückhaltung des Bundeshaushaltes, noch weiter in Risiken zu gehen, und bei der gemeinsamen Position hier im Landtag, dass der Landeshaushalt nicht in ein Obligo gehen sollte, die Stunde der Wahrheit schlägt, die von mir aktiv betrieben werden sollte. Das war der Moment, in dem man zu dem Ergebnis kam, vom Wünschbaren Abschied nehmen zu müssen, um in das Realisierbare hineinzukommen.

Die Stimmungen oder Antworten dazu aus der CDU sind teilweise frappierend gewesen. Herr Rüttgers hat wieder sehr reflexartig versucht, mir das in einer rituellen Auseinandersetzung um die Ohren zu hauen. Herr Lammert im Ruhrgebiet hat hingegen sehr viel abgewogener reagiert. Ich glaube, er hat sogar begrüßt, was dabei an Klärungen stattgefunden hat. Das heißt, es gibt unterschiedliche Stimmen auch aus der CDU.

Jetzt interessiert mich die große Unterstützung, die ich heute - jetzt mache ich die Ansage, dass ich das ironisch meine - wieder von der Opposition für die Position erfahre, sich in Berlin für das einzusetzen, was wir stattdessen haben wollen, nämlich eine Metro-S-Bahn.

Die erste Reaktion einer Opposition - und zwar beider Fraktionen -, die Interessen des Landes wahrnimmt, müsste doch lauten: Herr Ministerpräsident, wir unterstützen Sie in Berlin für ein solches Projekt!

Das müsste doch, wie ich finde, die erste von einer staatspolitischen Raison geprägte Haltung sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Jürgen Rüttgers hält eine Zeitung hoch. - Zurufe von der FDP)

- Herr Rüttgers, ich weiß nicht auswendig, wie viele Abgeordnete die SPD-Fraktion in Berlin hat. Bei der „Rundschau“ meldete sich der Abgeordnete Schöler, und auf diesen beziehen die sich. Darf ich Sie fragen, wer Herr Schöler im Verhältnis zum Bundeskanzler dieser Republik ist? Soll ich auf Herrn Schöler nervös reagieren, Herr Rüttgers?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Soll ich bei jedem Hinterbänkler der CDU/CSU-Fraktion in Berlin nervös werden?

(Zurufe von CDU und FDP)

- Sie sind viel nervöser als ich.

(Zuruf von der CDU: Der kommt aus Nordrhein-Westfalen! – Zahlreiche weitere Zurufe)

- Es ist doch völlig gleichgültig, ob Herr Schöler aus Nordrhein-Westfalen kommt oder nicht. Natürlich weiß ich, dass er aus Nordrhein-Westfalen kommt. Der entscheidende Punkt ist: Haben wir die politische Unterstützung des Bundeskanzlers dieser Republik? Haben wir die Unterstützung anderer Kabinettsmitglieder, die einen Haushaltsplanentwurf aufstellen, dem Parlament vorlegen und die Möglichkeit haben, so etwas zu realisieren? Hier reicht mir das Wort des Bundeskanzlers dieser Republik. Wir werden daran arbeiten, dass sich dieses haushaltstechnisch umsetzt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Ich wäre, Herr Rüttgers, sehr vorsichtig mit dem Satz: "Da werden die Kumpel von Ihnen belogen." Jemand, der für die Kumpel dieses Landes eine Lösung vorschlägt, die auf den bruchartigen Wegfall der noch verbliebenen 39.000 bis 40.000 Arbeitsplätze hinausläuft, der sollte mit der Wortwahl sehr viel vorsichtiger sein und mir nicht eine Lüge vorwerfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gilt der Satz: Vorsicht an der Bahnsteigkante! - Sie wissen, dass Ihr 13-Millionen-Programm dazu führt, dass 2005 schlagartig alle noch bestehenden Zechen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland geschlossen werden müssten. Ich glaube, dass mit der Verabredung mit den Unternehmen,

der RAG/DSK, mit der IGBCE, mit der Bundesregierung bezüglich der 18 Millionen Tonnen - derzeit haben wir, glaube ich, ungefähr 26 Millionen Tonnen - eine sehr gute Lösung für das Land gefunden worden ist, und zwar gerade mit Blick auf die Bergbautechnologie und die Kraftwerkstechnik, die nicht unabhängig ist von dem, was wir unter Tage realisieren können. Das ist eine gute Lösung.

Auch dazu, was Sie bemängeln nach dem Motto, dass dies eine Rechnung zulasten eines Dritten ist, haben beide Regierungsfraktionen Kontakt nach Berlin gehabt. Ich finde, dass eine Mehrbelastung des Bundeshaushaltes von jährlich 13 Millionen € pro Jahr gegenüber dem, was sich bisher anbahnte, durchaus eine vertretbare Lösung ist und erfolgreich vom Landeshaushalt zum Bundeshaushalt durchgereicht werden kann. Das ist keineswegs unreal, absurd oder etwas, was den Satz rechtfertigt, es würden die Kumpel belogen werden. Sie wissen, dass es immer die Position der Landesregierung gewesen ist, an der Degression der Steinkohlebeihilfen ab 2006 teilzuhaben. Dies ist unstrittig. Wir haben lediglich neu aufgestellt, dass wir an dieser Degression pro Jahr ungefähr 10 bis 13 Millionen mehr teilhaben wollen, als ursprünglich geplant gewesen ist. Diesen Vorstoß der Koalitionsfraktionen in Berlin empfinde ich als einen gemeinsamen Erfolg für den Landeshaushalt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das „Düsseldorfer Signal“ ist im Augenblick das Papier, das am konkretesten die naheliegendsten Herausforderungen für die nächsten beiden Jahre beschreibt.

(Zuruf von der FDP)

Von dieser Bewertung weiche ich erst dann ab, wenn Sie mir eine andere Positionsbeschreibung geben können, die konkreter ist als das, was wir auf neun Feldern vorgelegt haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir im Rahmen eines anderen Schlagabtausches auf diese Felder konkreter eingehen könnten als bisher.

Ich meine, dass insbesondere für den Bereich der Schule die Vorschläge in den Koalitionsvereinbarungen sehr grundlegend sind. Hiermit können wir unser Schulsystem für die Herausforderungen der Zukunft nachhaltig fit machen. Noch in diesem Jahr werden wir die Ergebnisse des Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ sehr viel stärker in die Fläche übertragen. Wir haben zum ersten Mal das Abitur nach zwölf Jahren, fakultativ nach 13 Jahren festgelegt. Wir werden die unsäglichen sieben Schulgesetze durchgehen und in einem

schlanken Schulgesetz vereinigen. Wir werden die diversen Spielregeln für die Lehrerinnen und Lehrer entschlacken. Wir werden mit allen Kräften - auch finanzieller Art -, die wir haben, die Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen gewährleisten. Ferner haben wir mit der Ganztagsbetreuung einen der ganz wenigen finanziellen Schwerpunkte - bisher eigentlich nur den zweiten oder dritten -, der unter den obwaltenden Bedingungen überhaupt noch mit Geld bedient werden kann. Wir glauben, dass bis zum Schuljahr 2007/2008 das Angebot auf 200.000 Plätze gesteigert werden kann. An dieser Marge lassen wir uns messen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen ist es in den Auseinandersetzungen der letzten Tage ein wenig untergegangen, dass wir schon mit Beginn des neuen Schuljahres 240 Ganztagsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen haben werden. Das ist meiner Meinung nach eine bemerkenswerte Nachricht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich wäre sehr dankbar, Herr Rüttgers, wenn die teilweise ideologischen Verbrämungen oder ideologischen Blockaden in Ihrer Partei zum Thema Ganztagsbetreuung einer sehr viel konstruktiveren Haltung vor Ort weichen würden. Das wäre ein großer Gewinn für dieses Land.

Auch bei dem Thema Entbürokratisierung kommen wir voran. Das ist, wie Sie wissen, ein Kampf mit einer Hydra, mit einem Tier, das ziemlich stark ist. Wenn wir in der Lage sind, das, was wir in Ostwestfalen-Lippe in einem großen Versuch zur Standard- und Normenabsenkung sowie zur Verfahrensvereinfachung machen, auf das ganze Land zu übertragen, dann ist dies ein Gewinn für das Land. Wenn wir zukünftig in Nordrhein-Westfalen über Auflagen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Standorten vermeiden können, dann stärken wir Beschäftigung und Wachstum in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir die Landesbank zu einer Förder- und Strukturbank ausbauen, die auch noch die Abwicklung der verbliebenen Förderbanken übernehmen kann, dann können wir bei den Bezirksregierungen und auf der Ebene der Ministerialverwaltung Personal abbauen. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen zu Branchenkonzepten und zu einer stärkeren Industriestrukturpolitik zurückkehren. Wir müssen die Verkehrsinfrastruktur ausbauen. Dazu haben wir uns im „Düsseldorfer Signal“ konkret erklärt, und die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ist kein geringeres Thema als die Themen, die ich jetzt aus Zeitgründen nicht ansprechen kann.

Bezüglich des Themas Verwaltungsmodernisierung haben Sie hoffentlich den Satz gelesen, Herr Rüttgers, dass wir der Auffassung sind, dass ein solcher Schritt, insbesondere die Neuordnung der Mittelinstanzen in Nordrhein-Westfalen, nur in einem fraktions- und parteiübergreifenden Konsens möglich ist. Ich habe mit großer Neugier Ihre Einlassungen dazu aus den letzten Monaten verfolgt. Das, was von uns zu diesem Thema zu Papier gebracht worden ist, ist ziemlich kongruent mit dem, was Sie öffentlich vorgestellt haben.

(Zuruf von der CDU: Sie haben das nicht gelesen! - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Sie bekommen es nicht hin!)

- Herr Rimmel spricht genau den richtigen Punkt an: Sie bekommen es in Ihren eigenen Reihen nicht hin - das ist der entscheidende Punkt -,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und zwar genauso, wie Sie in Ihren eigenen Reihen auch andere Vorstöße nicht hinbekommen.

Sie kriegen Ihre Vorstellungen zur Gemeindefinanzreform in Ihren eigenen Reihen nicht hin. Sie kriegen erkennbar solche Veränderungen zum Verwaltungsaufbau in Nordrhein-Westfalen nicht hin. Immer dann, wenn es konkret wird, dann knallt es bei Ihnen im Laden. Dieses Problem haben Sie; ich habe es nicht.

So ist es übrigens auch bei den Debatten über die Steuerreform. Abgesehen davon, dass Frau Merkel im Sommer vom Merz angefallen wird, habe ich selten eine solche Kakophonie wie in diesen Tagen aus den Reihen der CDU in Bezug auf die Steuerpolitik gehört.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch da lade ich dazu ein, dass wir uns auf den Boden von Tatsachen stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Darauf bezog sich auch mein gestriger Vorstoß, der sich schon in einer Sendung abzeichnete, in der ich am späten Mittwochabend aufgetreten bin. Ich glaube, dass niemand in dieser Republik wirklich noch Einwände gegen ein Vorziehen der Steuerreform vom 1. Januar 2005 auf den 1. Januar 2004 haben oder Stimmung dagegen machen kann. Dieser Zug rollt.

(Zuruf von der CDU)

Dafür gibt es viele gute Gründe, die übrigens auch von Fachleuten beschrieben werden, insbesondere von Herrn Donges und Herrn Zimmermann

vom DIW; sie sagen, dass dies angesichts der Arbeitsmarktlage und des geringen Wirtschaftswachstums angemessen ist.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Folgen Sie doch einmal intellektuell meinem Gedankengang, Herr Palmen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Das Thema ist doch nun wirklich nicht irrelevant, für Nordrhein-Westfalen ebenso wenig wie für die Republik.

Neben diesem ersten Argumentationsstrang ist der zweite derjenige, den ich selber in die öffentliche Debatte geworfen habe: Wie refinanzieren wir die damit verbundenen Einnahmeausfälle bei den Kommunen und bei den Ländern? Sie liegen für Nordrhein-Westfalen noch höher, als ich dachte.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich muss mich selber korrigieren; sie betragen nicht nur 1,7 Milliarden €, sondern gehen darüber hinaus, weil die Kommunen im Rahmen ihres Anteils an der Einkommensteuer noch mehr verlieren. Das heißt, wir reden über Einnahmeausfälle für die Kommunen und das Land Nordrhein-Westfalen von insgesamt wahrscheinlich mehr als 2 Milliarden €.

Wenn aber nicht absehbar ist, dass diese Summe über entsprechende Subventionskürzungen im nächsten Jahr abgedeckt werden kann - ich sehe dies nicht, auch nicht nach dem Motto, den Bürgern in die linke Tasche etwas hineinzustopfen und ihnen aus der rechten Tasche etwas herauszunehmen, weil der Nettoeffekt für Konjunktur und Beschäftigung dadurch sehr viel geringer wäre -, dann stehen wir vor der Problematik, keine verfassungskonformen Haushalte mehr aufstellen zu können: Herr Koch nicht, Herr Wulff nicht, ich nicht, Herr Müller im Saarland nicht, wahrscheinlich Herr Teufel in Baden-Württemberg auch nicht. Dann möchte ich wissen, ob wir uns über alle Parteigrenzen hinweg verabreden können, wie wir mit diesem Problem umgehen. Ich bezeichne es als einen nationalen Pakt, sich hinsichtlich dieses Punktes zu verabreden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nicht unbedingt mit Blick auf das Wirtschaftswachstum, sondern mit Blick auf die Arbeitslosigkeit würde dies folgendes Bekenntnis bedeuten: Ja, wir haben es mit einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht zu tun, das es erlaubt, in dieser Situation bei allen Haushalten, bei Bund, Ländern

und Kommunen - wir müssen den Kommunen die Hand reichen! -, über diese Verfassungsgrenze hinwegzuspringen.

Ich möchte vermeiden, dass die Länder dies in unterschiedlicher Weise machen; ich sage jetzt nicht A- oder B-Land, sondern das eine Land C und das andere Land D und das nächste Land E. Das gilt auch für eine im Verhältnis zum Bund unterschiedliche Vorgehensweise. Warum? Weil wir dann einen politischen Zoff hätten, den die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr verstünden.

Die zweite Bedingung, mit der ich dies koppelte, besteht darin, dass wir in dem Augenblick, da die Konjunktur anspringt, in dem über mehr Beschäftigung und mehr Einnahmen dann auch wieder die Steuern fließen, zu der Verabredung kommen, dass die damit verbundene höhere Kreditaufnahme umgehend gemeinsam getilgt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Das wäre eine Verabredung, von der ich behauptete, dass sie auch als Signal an die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland und als Zeichen einer hohen Vernunftbegabung für die Politik Anerkennung fände. Mich interessiert, wie Sie dazu stehen. Lassen Sie das, was Sie wieder mit diesem Bild des Umfalens und diesem ganzen Quatsch gesagt haben, weg; versuchen Sie, dass wir in dieser konkreten Lage gemeinsam in der Sache weiterkommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben einen ernsthaften Hinweis gegeben, den ich aufnehmen will. Sie fragten, wie es gehen solle, dass Bund und Länder quasi im Vorgriff auf 2004 ein Ungleichgewicht ausrufen, um dann zu rechtfertigen, dass die Verfassungsgrenze nicht eingehalten wird. Um diese Frage habe ich mich auch gekümmert. Die erste Antwort, die ich bekommen habe, lautete: Das wäre nichts anderes als das, was der seinerzeitige Bundesfinanzminister Waigel in den 90er-Jahren gemacht hat. Daran müssten Sie sich eigentlich erinnern, Herr Rüttgers, weil Sie damals mit am Kabinetttisch gesessen haben. Deshalb müssten Sie diesen Mechanismus doch eigentlich nicht für völlig absurd halten, sondern diesbezüglich vielleicht in die Annalen der eigenen Politik zurückgehen und sie aufarbeiten: Welche konstruktiven Vorgehensweisen kann man vor dem Hintergrund dieses Erfahrungsschatzes auch in die neueren Zeiten übernehmen?

Meine Damen und Herren, wir haben den Blick nach vorn zu richten. Ich glaube, dass die Koaliti-

onsfraktionen ein gutes Handbuch für die Lösung der Probleme dieses Landes in der Reichweite der nächsten Monate und Jahre geschrieben haben. Während und nach der Sommerpause, also sehr schnell, werden wir Ihnen die konkreten Umsetzungsschritte vorstellen.

Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes für die nächsten Monate wie für die nächsten Jahre keine hochfliegenden Versprechungen machen können. Die Haushaltssituation ist so dramatisch, dass wir ihnen schlechte Nachrichten werden liefern müssen. Ich glaube, dass es Aufgabe der Politik ist, dies schnörkellos, ehrlich, klar und eindeutig zu tun; dies werden wir tun.

Wir werden Ihnen keine spektakulären Lösungen bieten können. Wir werden keine leuchtenden Projekte haben, sondern uns auf eine Kärnerarbeit konzentrieren müssen, auf das Zusammenstellen von Bausteinen, auf ein solides Regierungshandwerk, auf ein schrittweises Vorgehen mit all unserer Kraft. Auf diese Kraft haben die Bürgerinnen und Bürger des Landes einen Anspruch und dem wird diese Regierung entsprechen wollen. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat die Redezeit für die Landesregierung um zwei Minuten überzogen. Die Fraktionen können diese Zeitspanne auch in Anspruch nehmen, wenn sie dies wollen. - Für die CDU-Fraktion rufe ich den Kollegen Diegel auf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Zurufe von der SPD)

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war und ist schon erstaunlich, dass der Ministerpräsident dieses Landes die CDU z. B. in Sachen Steuerpolitik der Kakophonie bezichtigt.

(Demonstrativer Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich stelle hier fest: So viel Kakophonie von einer Person wie aus dem Munde von Herrn Steinbrück haben wir in diesem Landtag bisher noch nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Dass dieser Stil in diesem Lande nicht ankommt, kann man erkennen, wenn man in die Gesichter insbesondere von Kollegen der SPD-Fraktion blickt.

Niemand in diesem Land - das sah man an den Gesichtern der SPD-Fraktion insbesondere in den letzten Wochen - hat den Sinn des Streites, um den es gegangen sein soll, verstanden. Sie haben ihn nicht verstanden; wir haben ihn nicht verstanden, und die Bürger haben ihn nicht verstanden.

Wenn sich Herr Moron dann hier hinstellt und erklärt, dieser Streit sei notwendig gewesen, dann möchte wir ihm zurufen: Das ist nicht Ihre Aufgabe. Ihre Aufgabe ist es nicht, sich hier zu streiten; Ihre Aufgabe ist es, Politik in diesem Land zu machen, und zwar für dieses Land, und nicht die Zeit mit Streit zu vertun.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Sie ärgern sich nur, dass wir den Streit beigelegt haben!)

Insofern gehört es bei einer solchen Debatte dazu, dass man in eine dritte Lesung das "Düsseldorfer Signal" oder - besser - die Düsseldorfer Kapitulationserklärung einbezieht. Wir müssen genauer beleuchten, ob dieses so genannte Düsseldorfer Signal Hoffnung auf einen Kurswechsel gibt oder ob es im Haushalt zu einem Beleg dafür wird, dass alles so weitergeht.

Meine Damen und Herren insbesondere vonseiten der rot-grünen Fraktionen, ich denke, auch Sie haben nicht erkennen können, wo eigentlich der Finanzkorrekturwechsel in diesem Papier aufgezeigt wird. Es geht weiter dramatisch bergab. Das Volumen des Haushalts 2004 offenbart fast täglich, dass das Loch in den Kassen größer wird.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn man sich insbesondere die Entwicklung des "Düsseldorfer Signals" ansieht, dann haben wir damit einen Beleg, wie schnell der Ministerpräsident dieses Landes die Verschuldung oder, besser gesagt, das Ausgabevolumen dieses Landes nach oben schraubt.

Der Beleg: Am 27. Juni hat der Ministerpräsident als Zielmarke für den Haushalt in Ihrem Papier 48,5 Milliarden € genannt. Drei Tage später waren es bereits mehr als 400 Millionen € mehr.

(Lachen von Minister Jochen Dieckmann)

- Natürlich, Herr Dieckmann. - Das bedeutet, dass gegenüber dem jetzt zu beratenden Nachtragshaushalt 2003 rund 700 Millionen € mehr an Ausgabevolumen zu verzeichnen ist, als wir bisher

beraten haben. Das sind satte 1,5 %, meine Damen und Herren, und zeigt: Die Ausgabenpolitik, die Verschuldungspolitik geht einfach so weiter, als wäre in den letzten Wochen nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, nicht nur von uns: Was ist das für ein Konsolidierungssignal? Wo ist bei Ihnen ein Einstieg in strukturelle Veränderungen erkennbar, dass hier weniger Geld ausgegeben wird? Das ist die Arbeit, die Sie in den Fraktionen der SPD und der Grünen, aber auch aufseiten der Landesregierung noch zu leisten haben.

Herr Ministerpräsident, wir haben des Weiteren ein interessantes Signal aus dieser Düsseldorfer Kapitulation erhalten.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Nein, das ist keine Leier. Zu der Leier komme ich nachher.

Wir haben mit Erstaunen festgestellt, dass Sie sich in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation dafür aussprechen, Steuern zu erhöhen. Es steht im "Düsseldorfer Signal", dass Sie die Grundsteuern erhöhen wollen, dass Sie die Erbschaftsteuer und dass Sie die Gewerbesteuer erhöhen wollen.

Meine Damen und Herrn, wichtig zu wissen ist, insbesondere für die Bürger dieses Landes: Sie nennen dieses Etikett nur anders. Sie nennen es Modernisierung. Sie sagen nicht Steuererhöhung, sondern Sie sagen: Wir modernisieren die Grundsteuern, wir modernisieren die Erbschaftsteuer. - So, wie Sie Steuerpolitik machen, nach draußen zu verkünden, Sie wollten die Bürger entlasten, im "Düsseldorfer Signal" aber eine klare Steuererhöhungspolitik festzuschreiben, zeigt, dass Sie den Menschen nur in die Taschen greifen wollen. Nichts anderes ist Ihre Politik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Politik, Herr Steinbrück, sind Sie auf dem Holzweg. Da finden Sie bei uns keine Unterstützung.

Nun kommen wir zu dem von Ihnen gerade angesprochenen Ritual. Meine Damen und Herren, es ist schon höchst interessant, dass eine rot-grüne Landesregierung, die hier seit vielen Jahr regiert, die kein Wachstum in diesem Land mehr zu verzeichnen hat, die die Arbeitslosigkeit hochgeschraubt hat, die die Konjunktur abgewürgt hat

und nur noch Schulden produziert, erklärt: Für dies alles ist die CDU verantwortlich.

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon regieren, seien Sie doch so standhaft und erklären, dass Sie die Politik auch verantworten. Aber das Ritual aufzugreifen und für Ihre Politik andere verantwortlich zu machen ist geradezu grotesk.

(Beifall bei der CDU)

Insofern stellen wir fest, dass das Tempo der Talfahrt unvermindert weitergeht. Wir erreichen mit diesem Nachtrag eine neue Rekordverschuldung von rund 5,7 Milliarden €. Das sind etwa 12 % des gesamten Haushalts. Schon jetzt erklären Sie, dass für 2004 noch 1,6 Milliarden € fehlen, um einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen.

In der Düsseldorfer Erklärung finden wir nichts als unverbindliche Ankündigungen und unverbindliche Willensbekundungen. Wir finden noch nicht einmal einen verbindlichen Zeitplan, wie Sie hier zu strukturellen Veränderungen kommen wollen.

Wir stellen fest: Durch das "Düsseldorfer Signal" kommen Sie weder zu einem verfassungsgemäßen Haushalt, noch machen Sie uns Hoffnung, dass sich in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen etwas verändert. Dieses "Düsseldorfer Signal" ist ein Dokument dafür, dass diese Landesregierung stehend k. o. ist. Machen Sie den Weg für Neuwahlen frei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Diegel. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Ende der Debatte und auch am Schluss der Beratung.

Ich lasse abstimmen. Zuerst stimmen wir ab über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4000 in dritter Lesung in der Fassung nach der zweiten Lesung entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung **Drucksache 13/4100**. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4100 **angenommen** und der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet worden.

Ich lasse jetzt über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4007** abstimmen. Wer ist für den Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme?

- Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt** worden.

Drittens lasse ich über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4118** abstimmen. Wer ist für den Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der FDP Drucksache 13/4118 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der CDU gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt** worden.

Ich rufe auf:

2 Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 2001

Antrag
der Landesregierung
auf Erteilung der Entlastung
nach § 114 LHO
Drucksache 13/3438

In Verbindung damit:

Jahresbericht 2003 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2002

Unterrichtung
durch den Landesrechnungshof
- zur Beratung -
Drucksache 13/4035

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags auf Erteilung der Entlastung nach § 114 Landeshaushaltsordnung **Drucksache 13/3438** und der Unterrichtung **Drucksache 13/4035** an den **Ausschuss für Haushaltskontrolle**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

3 Europa ist ein großes Stück vorangekommen: Der Entwurf einer europäischen Verfassung ist ein Fortschritt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger

Antrag
der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4058

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4107**.

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Sikora das Wort.

Gabriele Sikora (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, konnte vor einigen Tagen dem Europäischen Rat in Thessaloniki nach 14 Monaten intensivster Arbeit den Verfassungsentwurf vorlegen. Wie ist es zu dem Konvent gekommen? - Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz einige Rückbetrachtungen machen.

Der Europäische Ministerrat hatte die Reform der Institutionen zur Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsländern gemacht. Da sich der Ministerrat in Nizza nicht auf alle Punkte einstimmig verständigen konnte, wurden die so genannten Leftovers in den Post-Nizza-Prozess im Jahre 2001 übergeleitet und unter belgischer Präsidentschaft im Dezember des gleichen Jahres mit der Beschlussfassung zur Einsetzung eines EU-Konventes abgeschlossen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat sich nicht nur mit einem eigenen Beschluss zu den institutionellen Reformen und zur Kompetenzverteilung in den Prozess eingebracht. Der Europaausschuss hat mit dem belgischen Ministerpräsidenten während seines Besuchs in Düsseldorf sprechen können. Darüber hinaus haben wir die Chance genutzt, uns bei einem Aufenthalt in Brüssel mit dem flandrischen Parlament über den Post-Nizza-Prozess auszutauschen. Der Beschluss von Laeken und die Arbeitsaufnahme durch den EU-Konvent im Februar 2002 wurden von uns nachdrücklich begrüßt.

Die 105 Mitglieder des Konventes setzten sich aus je zwei Vertretern aus den Nationalparlamenten der 15er- EU, aber auch aus denen der 13 Beitrittskandidaten sowie aus Vertretern der Regierungschefs, 16 Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und zwei EU-Kommissaren zusammen. Für den Bundesrat war der Ministerpräsident von Baden-Württemberg im Konvent. Beratend nahmen am Konvent auch drei Vertreter des Wirtschafts- und Sozialausschusses und sechs Vertreter des Ausschusses der Regionen teil, darunter unser Kollege Manfred Dammeyer, der hier schon einige Male berichtet hat.